

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 8 • 39. JAHRGANG • 14. WAHLPERIODE • 27.8.2008

Konsequenzen

S. 3

Der Siegburger Häftlingsmord erregte die Gemüter. Jetzt berichtete der Untersuchungsausschuss.

Energiepreise

S. 9

Steigende Preise für Strom und Gas belasten alle Bürgerinnen und Bürger. Jetzt beriet der Landtag mögliche Hilfen für einkommensschwache Haushalte, um eine Mindestversorgung sicherzustellen.

Aufbruch

S. 11-14

Europäische Zusammenarbeit bedeutet Zukunft für unseren Kontinent. Jetzt soll aus der EU auch eine politische Union mit einer stärkeren Rolle der Regionen werden. Daher ein Thema für den Landtag.

Einblicke

S. 16-17

Es war bunt, es war lebendig: 187 Jugendliche aus ganz NRW bevölkerten für drei Tage den Landtag und übernahmen die Aufgaben der Abgeordneten und Fraktionen. Für beide Seiten eine tolle Erfahrung.

Das neue Europa: Regional und bürgernah



Foto: Schälte

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Betroffenheit und Verantwortung	3
<i>Fraktionen erörtern Konsequenzen aus dem Siegburger Häftlingsmord</i>	
Seriöser Investor oder Heuschrecke?	4
<i>Der Verkauf der LEG polarisiert</i>	
Ein „Sommerabitur“ mit Folgen	5
<i>Fraktionen streiten um Mathe-Aufgaben im Zentralabitur</i>	
Gaspedal oder Bremse	6
<i>Streit über die Auswirkungen von Studienbeiträgen geht weiter</i>	
Streit um Volkes Stimme	7
<i>Wahlzusammenlegung erregt weiterhin die Gemüter</i>	
„Leben im Heim – Leben wie zu Hause“	8
<i>Föderalismusreform: Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes</i>	
Sozialtarif oder Steuersenkung	9
<i>Grüne legen Vorschläge für einkommensschwache Haushalte vor</i>	
Altersteilzeit – aber wie?	10
<i>SPD legt Eilantrag zur Verlängerung der Regelung vor</i>	
„Lust auf Europa“	11
<i>Gegenwart und Zukunft der Regionen in der EU</i>	
Schlag auf Schlag	12-13
<i>Diesmal sind es die europapolitischen Sprecher der Fraktionen</i>	
Handlungsfähigkeit der EU stärken	14
<i>Hauptausschuss berät weitere Schritte im Einigungsprozess</i>	
Anpassen, abändern, abschaffen?	15
<i>Anhörung zur Evaluierung des Mittelstandsgesetzes NRW</i>	
Abgeordnete für drei Tage	16-17
<i>1. Jugend-Landtag ermöglichte spannende Einblicke in die politische Praxis</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Wegweiser im Datenschutzel	19
<i>Infothek des Landtags hilft seit zehn Jahren bei der Dokumentensuche</i>	
Aus den Fraktionen	20-21
Arbeiten ohne Papierberge	22
<i>Der Landtag besuchte das papierlose Parlament in Graz</i>	
Porträt: Dr. Stefan Romberg (FDP)	23
FCL: Keile für Kalletal	23
Impressum	23
Meldungen	24



Europa beginnt vor unserer Haustür

Europa – das Wort lässt uns an unsere Nachbarn denken, Ferienreisen, fremde Sprachen. Verkürzt auf den Terminus technicus „EU“ bedeutet er häufig: „Raumschiff Brüssel.“ Also überbordende Bürokratie, Krisen, Ringen um eine Stimme. Dabei beginnt Europa direkt vor unserer Haustür. Rund 70 Prozent des Außenhandels der nordrhein-westfälischen Wirtschaft werden mit europäischen Nachbarländern abgewickelt. Zu 80 Prozent gehen die Urlaubsreisen der Deutschen in europäische Länder. In NRW leben 600.000 Bürgerinnen und Bürger aus einem anderen europäischen Staat. In einem Umkreis von 500 Kilometern um Düsseldorf lebt knapp ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger der EU.

Europa ist also nicht weit weg. Und auch nicht die europäische Politik. Etwa die Hälfte der deutschen Gesetzgebung beruht auf Entscheidungen aus Brüssel. Umgekehrt können diese nur entstehen, wenn die Bundesregierung, die deutschen Europaabgeordneten, letzten Endes auch die Parlamente und Regierungen der deutschen Bundesländer mitwirken.

EINSATZ GEFRAGT

Es liegt also auf der Hand, dass sich auch der Landtag Nordrhein-Westfalen immer wieder mit Europa beschäftigt. Europathemen sind längst Innenpolitik geworden. Dies zeigt die jüngste Brüsseler Initiative in Sachen „grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.“ Oder – Europa kann auch wehtun – die geplante stärkere europaweite Ahndung von Verkehrsdelikten. Aus dem früher bestehenden eigenen Europa-ausschuss des Landtags sind die EU-Themen mittlerweile in den Hauptausschuss und in die einzelnen Fachausschüsse gewandert. Auch ein Zeichen dafür, dass die EU ein Stück weit selbstverständlich geworden ist.

Aber noch nicht so selbstverständlich, als dass man nicht immer wieder etwas für das friedliche Zusammenleben auf diesem Kontinent tun müsste. Europa stiftet Frieden auf dem Balkan. Europa baut weiter an gegenseitiger enger Zusammenarbeit.

Daher auch die zahlreichen Initiativen des Landtags, dieses Jahr in Richtung Niederlande – der Parlamentarische Abend ist noch frisch in Erinnerung –, Polen und Kroatien. Oder die Diskussionen mit Vertretern aus Slowenien und Frankreich, die in diesem Jahr die Ratspräsidentschaften der EU innehaben. Der Landtag nimmt seine Verantwortung ernst. Und gestaltet damit ein Stück friedliche Zukunft für NRW in Europa und in der Welt.

CW

Teilabschlussbericht

des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I

zu dem Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen
vom 28. März 2007

betreffend die Untersuchung von Missständen und Mängeln in der Justizvollzugsanstalt
Siegburg u.a.

Foto: Schälte

Betroffenheit und Verantwortung

Fraktionen erörtern Konsequenzen aus dem Siegburger Häftlingsmord

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Siegburg“ (PUA I) hat seinen (Teil-) Abschlussbericht vorgelegt. Teilabschluss deshalb, weil er den Häftlingsmord in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Siegburg aus dem Jahr 2006 zwar untersucht hat, aber den Punkt des Einsetzungsbeschlusses, in dem es um die Verhinderung von Gewalt im Jugendhaftvollzug oder Jugenduntersuchungshaftvollzug geht, zur weiteren Erörterung einer Enquetekommission übertragen hat. Dem hat der Landtag vor der Sommerpause zugestimmt.

Wolfgang Schmitz erklärte als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses: „Der Ausschuss hat binnen zehn Monaten und zehn Tagen 500 Akten gesichtet und ausgewertet, 32 Zeugen befragt, die JVA Siegburg aufgesucht und in insgesamt 24 Sitzungen knapp 100 Stunden getagt.“ Damit habe der Ausschuss ein enormes Pensum geleistet, fand Schmitz (CDU) und unterstrich besonders zwei Punkte: Zum einen sei man beeindruckt gewesen, wie sich die Beschäftigten in den Anstalten vor Ort „über die reine Pflichterfüllung hinaus besonders engagierten.“ Das verdiene Respekt, Solidarität und Hilfe. Zum anderen sei die Situation im Vollzug für die Beschäftigten nur schwer zu meistern: Gewaltbereitschaft, Drogenbelastung, ein Migrationshintergrund von rund 40 Nationen sowie oft unterentwickelte Fertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen der Jugendlichen. Die Leidensgeschichte des Opfers habe alle tief berührt. Schmitz: „In Gedanken sind wir deshalb bei der Familie des Opfers und fühlen mit ihr.“

Harald Giebels (CDU) meinte, der Ausschuss sei zu dem Ergebnis gekommen, „dass keine persönliche Verantwortung der Regierungsmitglieder im Justizressort besteht.“ Das sähen – bis auf die SPD – alle Mitglieder im PUA genauso. Die Mängel im Vollzug hätten sich über Jahre hinweg entwickelt und könnten nicht im „Hauruck-

Verfahren“ beseitigt werden. Als wesentliche Probleme seien Überbelegung und Personalmangel festgestellt worden: „Beide Probleme resultieren aus jahrelangem von Desinteresse am Strafvollzug getragenen, fehlerhaften Regierungshandeln vor dem Wechsel im Mai 2005.“ Mit ihrem Minderheitsvotum bestätigte die SPD, dass sie gegen Fehlentwicklungen im Vollzug wider besseren Wissens nichts unternommen habe.

Thomas Stotko (SPD) konterte: „Wenn man unser Votum liest, sieht man, warum Sie falsch liegen.“ Zur Justizministerin: „In einer langen Kette von Versäumnissen und Versagen tragen Sie, Frau Ministerin, wegen des Organisationsversagens Ihres Hauses die volle Verantwortung für den grausamen Foltermord von Siegburg.“ Der Abgeordnete setzte nach: „Die Wahrheit ist offenkundig: Sie tragen persönlich und politisch Verantwortung für den Tod eines jungen Gefangenen in staatlicher Obhut.“ Wenn so etwas passiere, dann müsse „der Minister im Namen seines gesamten Verantwortungsbereichs zurücktreten.“ Es bedürfe eines „symbolischen Akts der Reinigung, nachdem das Vertrauen in die Justiz beschädigt ist.“

Dr. Robert Orth (FDP) nannte das eine „ungeheuerliche Unterstellung“: Die Ministerin sei nicht die Täterin – „die Täter sitzen hinter

Schloss und Riegel, und das ist gut so.“ Den Vorwurf der Untätigkeit der Ministerin ließ er nicht gelten; lange vor Siegburg habe sie ein Gutachten über Ursachen von Gewalt im Strafvollzug in Auftrag gegeben und Maßnahmen ergriffen. Der „wahre Übeltäter“ sei der frühere Justizminister Gerhards (SPD), denn der habe wie sein Vorgänger trotz der Missstände nicht gehandelt. Er habe trotz dieser Zustände im Vollzug kw-Stellen ausgebracht, die dann von der Ministerin aber wieder gestrichen worden seien. Gerhards sollte seine Ministerpension „zurückgeben“, fand Orth.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bedauerte, dass es im PUA zu dem von ihr befürchteten Schlagabtausch gekommen ist, „der der Sache und dem schrecklichen Anlass, den wir alle bedauern, nicht gerecht wird.“ Ihre Fraktion begrüße, dass es über den PUA gelingen sei, eine Enquetekommission einzusetzen, „in der wir Vorschläge für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen erarbeiten und hoffentlich auch beschließen werden.“ Nur wenn erkennbare Mängel sofort beseitigt und gleichzeitig Fragen der Entstehung und Eindämmung jugendlicher Gewalt und Kriminalität erörtert würden, „nur dann werden wir unserer parlamentarischen Gesamtverantwortung für das Tatgeschehen von Siegburg in vollem Maße gerecht.“ ■

Seriöser Investor oder Heuschrecke?

Der Verkauf der LEG polarisiert

Die Veräußerung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG): Ein Musterbeispiel für die Kombination von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung? Die Opposition widerspricht dieser Regierungsmeinung (festgehalten im Antrag zur Aktuellen Stunde, Drs. 14/7012) und hält dem entgegen, man habe an eine „Heuschrecke“ verkauft, wie es im Antrag von SPD und Grünen heißt (Drs. 14/ 7013).

Bernd Schulte (CDU) sah bei dem Verkauf der LEG sowohl wirtschaftliche Vernunft als auch soziale Verantwortung gegeben. Aus Sicht des CDU-Abgeordneten hat die rot-grüne Vorgängerregierung ein Unternehmen mit Schulden von 2,7 Milliarden Euro und einen großen Sanierungsbedarf hinterlassen. Die Konsolidierung der Landesfinanzen mache es unmöglich, dies zu schultern. Daher habe man die LEG veräußert und dabei anstelle der von der SPD in 2003 veranschlagten 280 Millionen Euro nunmehr 787,1 Millionen Euro erzielt. Besonders stolz war Schulte auf die Sozialcharta, die Mieterhöhungen begrenzen, Luxussanierungen sowie Kündigungen wegen Eigenbedarfs ausschließen, ein lebenslanges Mietrecht für Mieter über 60 Jahren und den Fortbestand der Mieterrechte im Falle des Weiterverkaufs sichern soll.

Svenja Schulze (SPD) stellte die Sorgen und Nöte der Mieter in den Mittelpunkt. Diese würden durch den Verkauf zum „Spielball von Profitinteressen“, „Angst und Schrecken“ seien die Folge. Die Sozialcharta mochte die SPD-Politikerin nicht gelten lassen; sie sei nur das „Feigenblatt für das Image der CDU und nicht mehr.“ Die Erfahrungen aus Berlin ließen vermuten, dass der Investor Whitehall die LEG zerschlagen werde. Diesem Unternehmen gehe es nur darum, die besten „Filetstücke“ gewinnbringend zu verkaufen und in die anderen Wohnungen einkommensstarke Mieter hineinzusetzen. Das Ergebnis der Veräußerung der LEG seien also steigende Mieten und geringe Investitionsmaßnahmen, die hinter den üblichen Standard zurückfallen, so die Abgeordnete. Die SPD-Sprecherin im Ausschuss für Verbraucherschutz bemängelte daher, dass die Landesregierung die Wohnungen nicht an interessierte Kommunen verkauft habe.

Christof Rasche (FDP) wertete den Verkauf der LEG als Riesenchance sowohl für das Land als auch für die Mieterinnen und die Mieter. Sein Vorwurf an die Vorgängerregierung: „Die alte rot-grüne Politik, die Sanierung auf Dauer durch Verkäufe zu finanzieren, musste scheitern, da irgendwann die vorletzte Wohnung verkauft ist, um die letzte Wohnung zu sanieren.“ Aufgrund der enormen Verschuldung des Landes hätten sich CDU und FDP auf die Kernaufgaben beschränken müssen. Daher der Verkauf der LEG. Mit Blick auf die Veräußerung des Wohnungsbestands durch den rot-roten Senat in Berlin an den gleichen Käufer Whitehall wandte sich Rasche dagegen, diesen als „Heuschrecke“ zu bezeichnen. Die langfristige und solide Sicherheit der Mieter werde zudem auch noch durch die „in Deutschland einmalige“ Sozialcharta gesichert.

Horst Becker (GRÜNE) befürchtete ebenfalls, dass Gewinnstreben auf der einen Seite verknüpft ist mit Verlusten auf der anderen Seite. In diesem Fall seien es laut Becker die Mieter sowie die Kommunen, die draufzahlen. Gerade letzteren hätte man „aus Verantwortung für den Städtebau, den Wohnungsbau, das Quartiersmanagement“ die Möglichkeit geben müssen, die Wohnungen zu erwerben. Jetzt seien die Kommunen in der Situation, dass sie die Wohnungen von der „Heuschrecke“ Whitehall kaufen müssten. Insbesondere kritisierte der GRÜNEN-Politiker die Sozialcharta: die zugelassenen Mieterhöhungen

(1,5 Prozent plus Inflationsrate jährlich im Durchschnitt aller Wohnungen) sowie der vereinbarte Modernisierungsaufwand (12,50 Euro im Durchschnitt pro m² landesweit) seien realistisch weder kontrollierbar noch durchsetzbar.

Bauminister Oliver Wittke (CDU) hielt dem entgegen, planlose Wohnungsverkäufe und Korruption hätten die LEG unter der vorhergehenden Landesregierung beinahe zu einem Sanierungsfall gemacht. Als Folge davon habe man jetzt privates Kapital mobilisieren müssen. Wittke warnte vor Panikmache: Bei dem Verkauf habe man Anregungen der Mieterverbände aufgegriffen und „Grenzschnellen“ definiert, um den Spielraum für Mieterhöhungen – die sich außerdem an den ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren müssten – gering zu halten. „So weit rechtlich möglich, haben wir dafür Sorge getragen, dass Bestandteile des Mieterschutzes, beispielsweise der Kündigungsschutz, der Verzicht auf Luxussanierungen gegen den Willen der Mieter und weitere Regelungen, nach Beendigung des gesamten Verkaufsverfahrens zum Gegenstand der Mietverträge zu machen sind.“ Dies werde durch einen Mieterbeirat wie auch durch das Ministerium überprüft. ■

Foto: Schälte

Ute Schäfer (SPD) stellte in ihrem Beitrag Schulministerin Barbara Sommer an den Pranger: Sie habe ein „Sommerabitur“ beschert, das an „Pannen und Peinlichkeiten nicht zu überbieten“ sei. Das „Krisenmanagement“ sei auf ganzer Linie gescheitert, zu Lasten vieler junger Menschen und auf dem Rücken vieler Lehrerinnen und Lehrer. Die Ministerin habe die Beschwerden und Anregungen von Seiten der Schulen, des Philologenverbandes und der Landeselternschaft nicht ernst genommen. Schäfer kritisierte außerdem, dass das Schulministerium nunmehr die Lehrerinnen und Lehrer sowie einzelne Schultypen wie die Gesamtschule als Verantwortliche ausmachen wolle. „Die Maßstäbe, die Sie an unsere Schüler und an die Lehrer anlegen, können Sie selbst nicht in Ansätzen erfüllen“, so die SPD-Politikern.

Ein „Sommerabitur“ mit Folgen

Fraktionen streiten um Mathe-Aufgaben im Zentralabitur

Das „Krisenmanagement beim Zentralabitur“ machten die Fraktionen von SPD und GRÜNE zum Thema einer Aktuellen Stunde im Plenum. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) habe nicht angemessen auf die Kritik von Schülerinnen und Schülern reagiert, die Mathe-Aufgaben in den Abiturprüfungen seien zu schwer gewesen. Diese Kritik wollten die Fraktionen von CDU und FDP nicht teilen. Sie verteidigten die Konzeption des Zentralabiturs und sprangen der Schulministerin zur Seite.



Michael Solf (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Michael Solf (CDU) bewertete die Diskussion um das Zentralabitur als „widerwärtig“ und „verlogen.“ Insgesamt 750 Aufgaben habe es beim zweiten Zentralabitur in NRW gegeben. Die allermeisten seien „makellos“ gewesen. Der umstrittene „Oktaeder des Grauens“ habe laut Solf die Vorgaben der Lehrpläne erfüllt. Nach Bekanntgabe der Ergebnisse werde deutlich, dass das Zentralabitur eine landesweite Vergleichbarkeit leiste: „Und natürlich muss sich auch die eine oder andere Schule mit der Frage auseinandersetzen, warum – anders als im Landesdurchschnitt – ihre Abiturienten weniger gut bestanden haben.“ Der CDU-Politiker verwies auf Berlin, wo unter der rot-roten Landesregierung 28.000 Schüler ihre Mathe-Arbeiten hätten neu schreiben müssen: „Wenn das bei uns passiert wäre, hätte mindestens der Ministerpräsident, wenn nicht sogar der Papst zurücktreten müssen.“

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah ein „stümperhaftes Agieren“ der Landesregierung. Durch eine „Serie von Pannen“ sei ein parteipolitisch unumstrittenes, bildungspolitisch sinnvolles Instrument beschädigt worden. Die Politikerin beschrieb das von ihr dargestellte „Chaos“ mit deutlichen Worten: Erst wegreden, dann aussitzen, dann schönreden, panisch reagieren, sich gegenseitig widersprechen, die Schuld anderen zuschieben, die Opposition beschimpfen. Verantwortlich sei ganz allein die Schulministerin, personalisierte Löhrmann ihre Vorwürfe. „Frau Sommer, Sie sind den Schülern, den Eltern, den Lehrern für diese Stümperie eine Entschuldigung schuldig.“ Aus ihrer Sicht machten die Vorgänge im Schulministerium personelle Kon-

Ein gescheitertes Krisenmanagement warf die ehemalige SPD-Schulministerin Ute Schäfer ihrer CDU-Nachfolgerin Barbara Sommer (im Bildhintergrund) vor.
Fotos: Schälte

sequenzen notwendig. Es sei „billig“, jetzt die Schulformen gegeneinander auszuspielen und eine Gesamtschuldebatte anzuzetteln.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) zeigt sich enttäuscht vom „Konzert der schrägen Töne“, das die Opposition angestimmt habe. Fakt sei, dass sowohl der Philologenverband als auch der Realschulverband die Behauptungen zu zentralen Prüfungen der Sekundarstufe I als falsch zurückgewiesen hätten. Unbestreitbar seien beim Zentralabitur Probleme aufgetreten, die man habe vermeiden müssen. „Nun gilt es, die Gründe dafür zu analysieren, um Fehlerquellen auszuräumen“, forderte die bildungspolitische Sprecherin der FDP. Erste Schlüsse aus einer Stichprobe zeigten allerdings, dass es beim Abitur an einer „nicht unbeträchtlichen“ Anzahl Gymnasien erkennbare Verbesserungen gegeben habe. Daher müsse die Frage erlaubt sein,

warum an den Gesamtschulen viele Schüler im Vergleich zu ihren Vornoten abgesackt seien.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) wandte sich ebenfalls gegen die Vorwürfe: Im Schnitt seien die Prüfungsnoten um eine halbe Note abgesunken. Probleme habe es an klar erkennbaren Standorten gegeben. Zu den umstrittenen Prüfungsaufgaben führte sie aus, die geforderte Wahrscheinlichkeitsrechnung sei nachgewiesenermaßen lösbar gewesen. Sommer ergänzte zum Oktaeder: Man habe in den Klausuren deutlich darüber informiert, dass bei der Bewertung nicht nur die Lösung, sondern auch der Lösungsansatz zähle. Um es den „Problemfällen“ aber zu ersparen, ein zeitaufwendiges Widerspruchsverfahren anzustrengen, habe man sich für die unbürokratische Wiederholung der Klausuren entschieden. Für Sommer war damit klar: „Jeder Schüler hat eine faire Chance.“

Gaspedal oder Bremse

Streit über die Auswirkungen von Studienbeiträgen geht weiter

Die Positionen könnten unterschiedlicher nicht sein: „Das nordrhein-westfälische Modell der Studienbeiträge hat sich bewährt“, erklären CDU und FDP und sehen Qualität und Studienbedingungen wesentlich verbessert. Die SPD fordert eine neue Studie über die Wirksamkeit von Studiengebühren, die repräsentativer ist als die vorliegende und sich mit der Sozialverträglichkeit befasst. Die GRÜNEN verlangen klipp und klar die Abschaffung der sogenannten „Studienbeiträge“ und rufen die Landesregierung auf, „endlich Verantwortung für die angemessene bauliche, personelle und sachliche Ausstattung der Hochschulen zu übernehmen.“ Die Entschließungsanträge der Opposition (Drs. 14/7046 und 14/7074) wurden abgelehnt, der Koalitionsantrag (Drs. 14/6969) angenommen.



Dr. Michael Brinkmeier (CDU)

Christian Lindner (FDP)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) nannte es einen richtigen und erfolgreichen, ersten großen Schritt, mit dem Studienbeitragsgesetz den Weg zum Systemwechsel in der Hochschulpolitik des Landes beschritten zu haben. Niemand könne diesen Erfolg leugnen. Studienbedingungen und Lehre verbesserten sich – nach 39 Jahren sozialdemokratischer Verantwortung im Hochschulbereich, in denen sich ein Investitionsstau von fünf Milliarden Euro gebildet habe. Jetzt seien die Hochschulen froh über die Einführung von Studienbeiträgen. Sie verwendeten diese Mittel „verantwortungsvoll und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.“ Sie seien echte Zusatzeinnahmen für die Hochschulen. Mit dem Anspruch der Studierenden auf bessere Bedingungen ändere sich auch deren Einstellung zum Studium. Die Transparenz der Verteilung müsse aber größer werden.

Karl Schultheis (SPD) beharrte darauf: Die Studie sei nicht nur nicht ausgewogen, „sondern statistisch völlig unbrauchbar.“ Es müsse eine neue her, aber dann „auf der Grundlage eines mit dem Parlament abgestimmten Auftrages.“ Nicht nur die Hochschulleitungen gehörten befragt und nicht nur 161 von knapp 462.000 Studierenden. Im Studienjahr 2007 hätten die Studierenden über die Gebühren den Hochschulen Einnahmen von 251,94 Millionen Euro beschert, der Bericht selber erfasse aber nur knapp 141 Millionen. Die größten Uni-

versitäten Aachen und Köln – wo es Probleme gegeben habe – seien nicht einbezogen worden. Der Großteil der Einnahmen sei in die finanzielle Grundausrüstung gegangen, dazu seien die Gebühren aber nicht gedacht. Der Abgeordnete zog daraus das Fazit: „Das Land entlastet sich zulasten der Studierenden.“ Die Koalition habe nichts als einen „Jubelantrag“ vorgelegt.

Christian Lindner (FDP) räumte ein, die in Rede stehende Studie vom Deutschen Studentenwerk und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Auftrag der Landesregierung sei vorläufig, „zum Ende dieser Legislaturperiode wird noch eine zweite, größere Studie vorgelegt.“ Die werde die Ergebnisse der ersten bestätigen, zeigte sich der Sprecher überzeugt. Er widersprach auch dem Argument, die Studie sei nicht repräsentativ für die Studierenden: 161 Studierendenvertreter aus den Allgemeinen Studentenausschüssen und den Fachschaften hätten sich zu 75 Prozent positiv zu Studienbeiträgen geäußert. Gerade diese Gruppe habe sich ja in der Vergangenheit kritisch zur Einführung geäußert.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) urteilte: „Nach unserer Ansicht ist die Bilanz der Studiengebühren anderthalb Jahre nach ihrer Einführung verheerend.“ Die abschreckende Wirkung habe zu einem Einbruch bei den Studierendenzahlen geführt. Die Qualität der Studienbedingungen

habe sich nicht spürbar verbessert. Das sei die traurige Bilanz „Ihrer Privat-vor-Staat-Politik, Herr Minister Pinkwart.“ Der Minister solle die Gebühren abschaffen und endlich selbst die Verantwortung für die Studienbedingungen, für die Studierenden und für die Lehrenden in diesem Land übernehmen.

Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (FDP) lobte das nordrhein-westfälische als das „sozialverträglichste Studienbeitragsmodell in ganz Deutschland.“ Durch die Beiträge hätten die Hochschulen in NRW sehr viel mehr Geld für ihre Aufgaben, nämlich 450 Millionen Euro jährlich, zur Verfügung, um Studium und Lehre zu verbessern. Das Modell sei sozial: Die Studierenden akzeptierten die Möglichkeit der nachgelagerten Finanzierung. Mehr als 57.000 Studierende könnten davon ausgehen, da sie BAföG-Empfänger sind, „dass sie am Ende ihres Studiums zumindest zum Teil diese Studienbeitragsdarlehen nicht zurückzahlen müssen.“ Es gebe keinerlei Hinweis darauf, dass die Studienbeiträge das Studienverhalten negativ beeinflussten, fuhr der Minister fort, das zeigten die Studienanfängerzahlen. Hier habe man im Sommer einen Zuwachs von 4,5 Prozent verzeichnet. Man wolle den „Wettbewerb zwischen den Hochschulen auch auf dem Gebiet der besten Verwendung von Studienbeiträgen und in dem Bemühen um beste Transparenz.“ ■



Fotos: Schälte

Karl Schultheis (SPD) und Wissenschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart (hinten)

Streit um Volkes Stimme

Wahlzusammenlegung erregt weiterhin die Gemüter

„Ein Stück aus dem Tollhaus“ oder „Missachtung des Wählerwillens“: Die Zusammenlegung von Kommunalwahlen und Europawahlen sorgte bei der von der Opposition beantragten dritten Lesung im Plenum für einen erneuten Schlagabtausch. Für CDU und FDP ein „Gebot der Vernunft“, sah die Opposition aus SPD und GRÜNEN „große verfassungsrechtliche Bedenken“ und „parteipolitisches Interesse.“ Das Gesetz wurde mit Regierungsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Rainer Lux (CDU) sah alle Fragen zur Zusammenlegung von Europawahl und Kommunalwahlen befriedigend beantwortet: Diese Entscheidung wirke der Politikverdrossenheit entgegen, sie verhindere zwei Wahlgänge im Abstand von drei Monaten und erspare auch den Kommunen unnötige Aufwendungen. Dennoch bleibe aus seiner Sicht die eigenständige Bedeutung beider Wahlen erhalten. Wie bei anderen Entscheidungen würden auch diesmal die von der Opposition angekündigten „Weltuntergangsszenarien“ ausbleiben, griff der CDU-Politiker SPD und GRÜNE an.

Hans-Willi Körfges (SPD) warf den Regierungsfractionen vor, mit der Zusammenlegung dieser beiden Wahlen parteipolitisches Interesse zu verfolgen, da man eine Zusammenlegung von Kommunalwahl und Bundestagswahl verhindern wolle. Gewichtige Gründe für eine Zusammenlegung vermochte er nicht zu erkennen. Die vorgezogene Kommunalwahl berge durch die Überschneidung der Amtszeit der derzeitigen Amtsinhaber mit den neu gewählten Mandatsträgern große verfassungsrechtliche Risiken: „Der Wählerwille findet für mehr als vier Monate keine Anwendung.“ Diese Problematik hätten auch die Sachverständigen bestätigt. Das Gesetzesvorhaben könne also dazu führen, dass

die Rechtmäßigkeit der Kommunalwahl letztendlich in Zweifel gezogen würde.

Horst Engel (FDP) sah in der Überschneidung der Amtszeiten dagegen kein Problem. Eben dies habe es bereits schon viermal ohne rechtliche Beanstandungen in anderen Bundesländern gegeben. Dem einmaligen Nebeneinander von Amtsinhabern und neuen Mandatsträgern stünden „deutliche Vorteile“ gegenüber: Man vermeide in kurzer Zeit drei Wahlgänge hintereinander, erhöhe damit die Akzeptanz und Attraktivität der entsprechenden Wahlen, werte insbesondere die Europawahlen auf (was auch zu einer Erhöhung der Anzahl der Europaabgeordneten aus NRW und damit größerem Einfluss führen könne) und verringere den Organisationsaufwand und damit die Kosten. Insbesondere schaffe man eine dauerhafte Verbindung, da die Amtszeiten sowohl von Europaparlament als auch Kommunalparlamenten jeweils fünf Jahre betrage; der Bundestag würde dagegen alle vier Jahre neu gewählt.

Horst Becker (GRÜNE) sah das anders: „Es geht der Koalition nicht darum, Wahlen zusammenzulegen, sondern die Zusammenlegung bestimmter Wahlen zu verhindern: nämlich von Kommunalwahl und Bundestagswahl.“ Aus seiner Sicht bestehe ein „sauberes“ Verfahren aus zwei Schritten: der Bündelung von Kommunalwahl und Bundestagswahl in 2009, wobei man vorher ankündige, dass die Amtsperiode der Kommunalparlamente einmalig verkürzt werde. Dann die dauerhafte Zusammenlegung von Europawahlen und Kommunalwahlen ab 2014. Dies sei aber von der Regierungsmehrheit nicht gewollt, griff Becker CDU und FDP an: „Sie machen sich das Wahlrecht zur Beute für ihre parteipolitischen Interessen.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) sah dagegen die Sachargumente auf seiner Seite: Bei vier Wahlterminen in zwölf Monaten sei es „vernünftig, hier etwas zusammenzufassen.“ Einen Grund zur Anfechtung der vorgezogenen Kommunalwahlen gebe es nicht, folgerte er aus dem Beispiel von Baden-Württemberg. Die von der Opposition gewollte Zusammenlegung von Kommunalwahl und Bundestagswahl sei aufgrund der unterschiedlichen Wahlperioden nicht von Dauer; daher unterstützte Wolf nachhaltig die Kopplung von Kommunalwahlen und Europawahlen, da beide alle fünf Jahre stattfänden. „Es ist ein Stück aus dem Tollhaus, wenn man die Vorteile dieser Entscheidung nicht sehen will“, meinte der Minister abschließend. ■

Foto: Schälte

„Leben im Heim – Leben wie zu Hause“

Föderalismusreform: Umsetzung des Wohn- und Teilhabegesetzes

Entbürokratisierung, mehr Transparenz in der Betreuung und Pflege sowie die Stärkung des Verbraucherschutzes standen im Mittelpunkt des von der Landesregierung vorgelegten Entwurfs des Gesetzes zur Umsetzung der Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts (Drs. 14/6972). Die allgemeine Zielsetzung des Entwurfs zum Wohn- und Teilhabegesetz – dem Nachfolgegesetz zum Bundesheimgesetz – und der dort verankerte Grundsatz „Leben im Heim – Leben wie zu Hause“ stießen im Plenum auf fraktionsübergreifende Zustimmung.

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) unterstrich, das Gesetz solle „die Bedürfnisse der Betroffenen im Heimaltag in den Mittelpunkt stellen.“ Die Einrichtungen, so der Minister, müssten für die Betroffenen da sein und darüber hinaus sollten sich die Interessen der Verbände sowie Trägerverbände den Interessen der Betroffenen unterordnen. Das künftige Wohn- und Teilhabegesetz habe daher zu gewährleisten, dass die Menschen in den Betreuungseinrichtungen „möglichst selbstbestimmt ihren Lebensalltag gestalten und ihre Individualität leben können.“ Auch müsse das neue Gesetz mit dem „Thema Entbürokratisieren ernst machen“, so Laumann.

Norbert Killewald (SPD) wies darauf hin, seine Fraktion habe in den vergangenen Jahrzehnten für NRW stets Wert darauf gelegt, pflegebedürftige Menschen bei der Pflege in den Mittelpunkt zu stellen. Den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf lobte der Abgeordnete ausdrücklich, indem er sagte: „Man muss anerkennend sagen, dass Ihr Entwurf hier bundesweit den konsequentesten Weg geht.“ Bei aller Zustimmung, das machte Killewald deutlich, werde die SPD nicht dazu bereit sein, „sich für einen gemeinsamen Weg auf einen Minimalkonsens in der Pflege einzulassen.“

Norbert Post (CDU) strich heraus, dass die Landesregierung den Lebensalltag und die Lebensnormalität behinderter sowie pflegebedürftiger Menschen in den Mittelpunkt des neuen Gesetzes stelle. Er rief mit Nachdruck dazu auf, mit der Entbürokratisierung ernst

sei dieser Gesetzentwurf „von enormer Bedeutung für dieses Land.“ Romberg begrüßte, dass die in Zukunft jährlich vorgeschriebenen Kontrollen der Aufsichtsbehörden prinzipiell ohne Voranmeldung erfolgen werden. Er nannte dies einen „wichtigen Schritt zu einem besseren Verbraucherschutz, der für Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Einrichtungen bedeutsam ist.“ Und weiter: „Das hat nichts mit Misstrauen gegenüber den Leistungserbringern zu tun, sondern dient alleine dem Schutzbedürfnis der betroffenen Menschen.“



Fotos: Schälte

zu machen. „Das schöne Wort: Schreiben Sie noch, oder pflegen Sie schon?“, sei hinlänglich bekannt. „Wir wollen ein bisschen mehr Zuwendung und weniger Niederschriften.“ Der Abgeordnete forderte außerdem Transparenz im Heimbetrieb: „Das heißt für die Träger natürlich auch, den Bewohnern ein Stückchen entgegenzukommen und den Familien der Bewohner mehr Informationsmöglichkeiten zuzugestehen“, so Post.

Dr. Stefan Romberg (FDP) bezeichnete das Wohn- und Teilhabegesetz als einen „elementaren Paradigmenwechsel.“ Angesichts der steigenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen in den nächsten Jahren

Barbara Steffens (GRÜNE) fand ebenfalls den von der Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf grundsätzlich positiv. Vor allem zeigte sich die GRÜNEN-Abgeordnete erfreut darüber, dass die in einer separaten Arbeitsgruppe zum Wohnen im Alter ausgearbeiteten Gedanken Eingang in diesen Gesetzentwurf gefunden hätten. „Ich glaube aber auch“, so Steffens, „dass wir bei allem Konsens, der in der Lyrik heute vorhanden ist, in den Detailfragen noch sehr viel Arbeit vor uns haben.“ Abschließend forderte sie ihre Parlamentskolleginnen und -kollegen auf: „Lassen Sie uns in Ruhe – auch mit Vertretern von Trägern – klären, welche Gefahren und Risiken

worin liegen.“ ■



Sozialtarif oder Steuersenkung

Grüne legen Vorschläge für einkommensschwache Haushalte vor

Droht einkommensschwachen Familien Energiearmut? Die GRÜNEN jedenfalls finden, dass die Politik reagieren muss und schlagen in ihrem Antrag „Soziale Folgen explodierender Energiepreise“ (Drs. 14/6958) unter anderem vor, die Mehrwertsteuer flexibel zu gestalten oder aber den betroffenen Haushalten eine festgelegte Energiemenge als „Energieexistenzminimum“ kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde einstimmig an den federführenden Wirtschaftsausschuss überwiesen.



Foto: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE) schlug vor, statt die Ökosteuer zu streichen („billiger Populismus“), sollten zwei Wege überlegt werden: Zum einen sozial gestaffelte Tarife und zum anderen „eine differenzierte Steuerbetrachtung.“ Damit sei nicht eine pauschale Senkung der Mehrwertsteuer gemeint, sondern ein reduzierter Satz für eine angemessene Menge an Energie, „die man zum Leben braucht.“ Die Menge, die darüber hinausgeht, solle höher besteuert werden. Die andere Lösung wären Sozialtarife, wie sie die Verbraucherzentrale vorgeschlagen habe. Sie kämen nicht nur den Sozialhilfeempfängern, Alleinerziehenden, Rentnern und Familien mit Kindern, sondern auch Beziehern normaler Einkommen (den „Leistungsträgern“) zugute. Die GRÜNEN seien auch dafür, die Regelsätze in gewissen Intervallen an die steigenden Energiepreise anzupassen. Sie wollten ein ausdrückliches Verbot vollständiger Strom- und Gassperren und seien zudem der Meinung, dass Energiesparziele für Energieversorger festgelegt werden müssten. Am besten, so Priggen, würde

die ganze Problematik in einer großen Anhörung von allen Seiten beleuchtet.

Christian Weisbrich (CDU) hielt nichts von staatlichen Eingriffen: „Tun Sie mir einen Gefallen, lassen Sie den Markt seine Funktion erfüllen“, wandte er sich an den Sprecher der GRÜNEN. Es sei keine Aufgabe der Institution Markt, die soziale Absicherung von Bedürftigen zu gewährleisten. Sozial verträgliche Strom- und Gas tarife auf Unternehmensebene seien „ordnungspolitisch Unsinn.“ Sie würden einkalkuliert und belasteten so die „ohnehin gebeutelte“ Mittelschicht nur zusätzlich. Weisbrich: „Der einzig saubere Weg zu sozialer Absicherung geht über die Verwendung von Steuereinnahmen und damit über die sachgerechte Anpassung beispielsweise von Wohngeld und Regelleistungen nach dem Sozialgesetzbuch.“ Die vorgeschlagene Anhörung zu diesem Thema fand er gut.

Uwe Leuchtenberg (SPD) räumte ein, man könne das Problem auf Landesebene nur begrenzt

lösen, der Bund oder Europa seien hier ebenso, wenn nicht stärker gefragt. Nach Ansicht der SPD habe jeder Mensch Recht auf ein „Energie-Existenzminimum.“ Damit auf diese Weise kein Freifahrtschein für Energieverschwendung ausgestellt werde, benötige man „neue intelligente Stromzähler, mehr Energieberatung und ein höheres Engagement der Energieerzeuger.“ Der Staat müsse die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Mindestversorgung mit Energie sicherstellen. Pauschale Steuersenkungen, wie sie die FDP verlange, seien kein Ausweg, denn diese kämen beim Verbraucher nicht an, sondern würden von den Unternehmen abgeschöpft. Das wichtigste Mittel gegen steigende Energiepreise sei immer noch Energieeinsparung. „Der Markt regelt es nicht.“ Energie dürfe auf Dauer nicht subventioniert werden, „schon gar nicht zulasten der Kommunen.“

Dietmar Brockes (FDP) fand, die GRÜNEN schilderten das Problem grundsätzlich richtig, aber mit den vorgeschlagenen Lösungen wollten sie ihre „grundsätzlichen Fehler der Vergangenheit mit weiteren Regeln wieder ausgleichen.“ Mehr Bürokratie und mehr Vorschriften seien nicht der Ausweg, auch keine Eingriffe in den Markt – im Gegenteil: Mehr Liberalisierung und Wettbewerb seien in der Lage, die Preise langfristig stabil zu halten. Wenn dann bei der sicheren und kostengünstigen Versorgung mit Energie die „ideologischen Scheuklappen“ abgelegt würden, dann müsste auch der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der CO₂-freien Kernenergie revidiert werden.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) erklärte: „Die finanzielle Sicherung der Energieversorgung einkommensschwacher Haushalte ist nicht Aufgabe des jeweiligen Energieversorgers, sondern ist durch das System staatlicher Transferleistungen zu regeln.“ Bei der Mehrwertsteuer müsse man sich an die EU-Vorgaben halten, die sähen entweder den erhöhten oder verminderten Satz vor. Jeder Sozialtarif müsse irgendwie subventioniert werden; es sei aber der Gesamtheit der Energieverbraucher nicht zuzumuten, die Kosten für solche sozialen Maßnahmen zusätzlich zu tragen. Strom und Gas könnten heute abgesperrt werden, wenn der Zahlungsrückstand 100 Euro und mehr betrage. Sie könne sich vorstellen, diese Grenze zu erhöhen. Prepaid-Zähler seien auch ein Weg, ebenso wie die verstärkte Unterstützung einkommensschwacher Haushalte bei Energiesparbemühungen auf kommunaler Ebene. ■

Altersteilzeit – aber wie?

SPD legt Eilantrag zur Verlängerung der Regelung vor

Mit der Mehrheit von Koalition und GRÜNEN hat der Landtag den Eilantrag der SPD (Drs. 14/7014) in direkter Abstimmung abgelehnt, der für eine Verlängerung der bestehenden Altersteilzeitregelung eintritt. Nicht angenommen wurde zu diesem Thema auch der Entschließungsantrag der GRÜNEN (Drs. 14/7054).

Rainer Schmeltzer (SPD) fand, aus „gutem“ Grund beteiligten sich rund 230.000 Arbeitnehmer an den bundesweiten Warnstreiks zur tariflichen Altersteilzeit. Es sei nämlich arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, für einen überschaubaren Zeitraum die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) fortzuführen und sie nicht – wie derzeit geplant – Ende 2009 auslaufen zu lassen. Besonders Arbeitnehmer, die sich „mit ihrer Arbeit kaputt malocht“ hätten, bräuchten konkrete Möglichkeiten, den Berufsausstieg selbst zu bestimmen, forderte Schmeltzer. Bis 2015 solle die Förderung fortgesetzt werden, wenn ein Unternehmen freierwerdende Stellen mit Ausbildungsabsolventen besetze. Die CDU des Landes, die gerade die Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer verlängert habe, solle ihren Einfluss im Bund in die Waagschale werfen, denn dort stelle sich „die gleiche CDU auf Bundesebene mit allen Mitteln gegen die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen.“

Rudolf Henke (CDU) bezog Stellung: „Natürlich sind wir dafür, die tariflichen Möglichkeiten der Altersteilzeit zu erhalten.“ Der Abgeordnete weiter: „Aber natürlich sind wir auch gegen einen staatlichen Flankenschutz für subventionierte Frühverrentung.“ Der SPD-Antrag sei falsch, denn er för-

dere die systematische Frühverrentung und belasse es bei den Mitnahmeeffekten bei der Wiederbesetzung offener Stellen. Es sei zu fragen, ob es gerecht sei, eine kleine Minderheit, die nur halb arbeite, aus den Mitteln der Arbeitslosenkasse und dem Steueraufkommen so zu stellen, dass sie bis zu 85 Prozent ihres letzten Nettogehalts bekomme. Das könne man sich in Zukunft nicht mehr leisten.

Dr. Stefan Romberg (FDP) erinnerte daran, dass die SPD die Rente mit 67 durchgesetzt habe. Jetzt gehe sie daran, ihre eigenen Beschlüsse „nach und nach zu marginalisieren.“ Das geschehe auch mit der Agenda 2010 – für den Abgeordneten der Beweis, dass sich die SPD von den Linken immer weiter treiben lasse. Dass nicht alle Menschen bis 67 arbeiten könnten und dass ohnehin nur 28 Prozent der über 60-Jährigen erwerbstätig seien, das falle der SPD erst jetzt auf. Sie versuche nun, „diesen Ungerechtigkeiten mit diesem Griff in die arbeitsmarktpolitische Mottenkiste beizukommen.“ Die Vorschläge seien nichts anderes als ein neuer Aufguss der Frühverrentungspraxis, „die über viele Jahre dazu beigetragen hat, dass ältere Arbeitnehmer sukzessive aus dem Arbeitsleben hinausgedrängt wurden.“

Barbara Steffens (GRÜNE) begründete den Entschließungsantrag ihrer Fraktion zum SPD-

Eilantrag mit dem Hinweis, man könne das Thema nicht auf Zuschuss der Bundesanstalt oder staatliche Subventionierung beschränken, es müsse viel breiter diskutiert werden. Der von vielen Arbeitnehmern gewünschte flexible Übergang in die Rente dürfe nicht als „Blocklösung“ gestaltet werden, bei der man eine Zeitlang voll arbeite und dann entsprechende Jahre früher in den Ruhestand gehe. Steffens: „Die Übergänge müssen besser gestaltet werden. Den Menschen müssen auch im Sinne des Gesundheitsschutzes gleitende Übergänge angeboten werden.“ Ihre Fraktion lehne eine Fortschreibung der gleitenden Regelungen ab. Sie wolle mehr als eine Lösung, bei der unter einem Deckmäntelchen von den Unternehmen Personalabbau mit BA-Mitteln betrieben werde.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) fand, der SPD-Antrag sei nicht mehr auf der Höhe der Zeit, „deswegen muss man ihm die rote Karte zeigen.“ Die tariflichen Entwicklungen hätten den Antrag überholt. Betriebliche Regelungen seien zu Lösungen in der Lage, die ohne Hilfe der BA bewerkstelligt würden. Man benötige auch Veränderung im Rentenrecht, „vor allem brauchen wir mehr Mittel für Aus- und Weiterbildung statt Vorruhestand.“ Hier sei NRW in Deutschland ein Vorbild, betonte der Minister. Mit der Einführung des Bildungsschecks habe man eine Chance eröffnet und bis jetzt hätten 150.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer davon Gebrauch gemacht. Sie bildeten sich weiter und blieben durch lebenslanges Lernen auf der Höhe der Zeit, „um dem Arbeitsmarkt auch mit zunehmendem Alter zur Verfügung stehen zu können.“ Die Zeiten für Vorruhestandsmöglichkeiten müssten zu Ende gehen. Das müsse auch die SPD in NRW begreifen. ■



Zehntausend Unterschriften ...

... für die Abschaffung der Kopfnote überreichte der Vorstand der LandesschülerInnenvertretung, repräsentiert durch Miriam Böhm, Johannes Struzek, Horst Wenzel und Nick Acheampong, vor den Sommerferien Landtagsvizepräsident Edgar Moron. Ebenfalls anwesend waren die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen, Klaus Kaiser (CDU), Ute Schäfer (SPD), Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) und Sigrid Beer (GRÜNE).

Foto: Schälte

„Lust auf Europa“

Gegenwart und Zukunft der Regionen in der EU

Der Hauptausschuss debattierte unter der Leitung von Werner Jostmeier (CDU) über das Thema „Mitten in Europa – Zur Bedeutung der Regionen nach Lissabon.“ Als Experten waren geladen Elmar Brok, Vertreter des Europäischen Parlaments bei der Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union, und Anton Kokalj, Vorsitzender des Europaausschusses des Parlaments der Republik Slowenien. Dieses Land, an der EU-Außengrenze, zwischen Österreich, Italien und Kroatien gelegen, hatte von Januar bis Juni 2008 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union inne. Es ist das erste Mal, dass einer der neuen Mitgliedsstaaten, ein post-sozialistischer, ein slawischer Staat die Präsidentschaft übernommen hat.

Deutend bildete der Dialog mit den Balkanstaaten, die Stabilität insbesondere der westlichen Balkanländer, einen Schwerpunkt der europäischen Politik der letzten Monate. Nicht ohne Stolz konnte Anton Kokalj darauf verweisen, dass die vor allem von Serbien nicht akzeptierte Unabhängigkeitserklärung des Kosovo trotz aller Warnung relativ ruhig und friedlich über die Bühne gegangen sei. Hier wie auch in anderen Fragen habe die slowenische Präsidentschaft viel stille „Hintergrunddiplomatie“ geleistet. Ein Grund mehr, dass der „interkulturelle Dialog“ zu einem weiteren Eckstein des letzten Halbjahres wurde.

Natürlich mussten auch die anderen Politikbereiche vorangetrieben werden: allen voran die Ratifizierung des Vertrags zur Reform der Europäischen Union (der sogenannte „Lissabonvertrag“, der die wirtschaftliche um eine politische und soziale Dimension ergänzen soll). Dann die Forcierung der sogenannten „Lissabonziele“, die vor allem über die Stärkung der „Wissensgesellschaft“, des grenzüberschreitenden Handels sowie des umweltschonenden Wirtschaftens und einer nachhaltigen Energieversorgung die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll. Damit einher gehe auch die Weiterentwicklung der internationalen Rolle der EU. Als ein

wesentliches Ergebnis der slowenischen Ratspräsidentschaft hob Kokalj die bereits jetzt erörterte Umsetzung des Reformvertrags hinsichtlich des Ausbaus der Rolle der nationalen Parlamente wie auch – davon abgeleitet – der regionalen Parlamente mit gesetzgeberischen Befugnissen hervor.

NÄHER BEI DEN BÜRGERN

In die gleiche Kerbe schlug Elmar Brok, der als Europaabgeordneter maßgeblich an den Anläufen zu einer politischen Union mitgewirkt hat. Klimawandel, grenzüberschreitende Kriminalität, Terrorismus, Globalisierung oder Migration – alle diese Themen erforderten eine handlungsfähige Union, so sein Credo. Dies müsse aber begleitet werden durch eine Stärkung der demokratischen Strukturen der Union: sprich einer Stärkung des europäischen Parlaments (das laut dem vorliegenden

Reformvertrag zu einem gleichberechtigten Gesetzgeber werden soll), aber auch – gemäß dem sogenannten Subsidiaritätsprinzip – der nationalen Parlamente.

Dieses bedeute aber auch eine Stärkung der regionalen Parlamente, die bei Annahme des Reformvertrags entweder über den Europäischen Ausschuss der Regionen wie über ihr nationales Parlament Einfluss ausüben könnten. Immerhin seien die Regionen über den „Lissabonvertrag“ zum ersten Mal rechtlich abgesichert, auch wenn man keine einheitliche, zentralisierte Definition ihrer Rolle und Befugnisse anstrebe. „Mäßigung mag sich lohnen“, so lautete nicht nur für diesen Bereich der Ratschlag des erfahrenen Europapolitikers. In dem sich formierenden neuen Europa regte er eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit an; es könne sinnvoll sein, dies über eine sogenannte „Grenzklausel“ abzusichern, die gerade die Grenzregionen vor zuviel nationaler oder gar europäischer Regulierung schützen soll. In diesem Sinne könne die neue europäische Kompetenzverteilung eventuell auch im positiven Sinne „erzieherisch“ wirken, meinte Brok mit einem Seitenblick auf den bundesdeutschen Föderalismus.

„Europa als Union im Interesse der Bürger“ und „Europa beginnt hier bei uns“ war denn auch das Fazit, das man mit Blick auf die anschließende Diskussion im Hauptausschuss mit den beiden Gästen ziehen konnte. Ein gelungener Auftakt. CW

Landtagspräsidentin Regina van Dinter begrüßte die europäischen Gäste. Anton Kokalj, Mitglied des slowenischen Parlaments, und Elmar Brok, Mitglied des Europäischen Parlaments, trugen sich vor der Sitzung des Hauptausschusses in das Gästebuch des Landtags ein. Foto: Schälte



Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Ilka Freifrau von Boeselager
(CDU)



Wolfram Kuschke (SPD)



Europapolitische Themen spielen im Landtag...

... überall eine wichtige Rolle: von A wie Agrarpolitik bis Z wie Zuwanderungspolitik. Rund 80 Prozent unserer rechtlichen Vorgaben kommen aus Brüssel – sie betreffen wirklich alle Ressorts. Als größte Region Europas hat NRW die Europapolitik deshalb im Hauptausschuss des Landtags angesiedelt.

... immer schon eine große Rolle. Es gibt aber noch eine Menge zu klären. Zum Beispiel haben die Länder nach der ersten Föderalismusreform bei Medien, Kultur und Bildung die Hoheit. Wir müssen regeln, wie, wo und wann hier die Landesparlamente als höchste Entscheidungsinstanz einbezogen werden.

Wenn NRW seine Position in Europa halten und stärken will...

... muss Europa als Friedensordnung, als Raum der wirtschaftlichen Prosperität, der sozialen Sicherheit und vor allem als Heimat gestaltet werden. Gerade auch junge Menschen sollen das richtig erleben. Mit einem Antrag zur Stärkung der Europaschulen haben wir diesen Ansatz untermauert.

... dann darf es nicht als Solist auftreten. Wir sind zwar groß und selbstbewusst, aber wir brauchen auch starke Bündnispartner für unsere jeweiligen Anliegen. Es fehlt hier zurzeit an gemeinsamen Initiativen mit anderen Regionen, insbesondere in wichtigen industrie- und standortpolitischen Fragen.

Die Idee „Benelux plus NRW“ ist...

... für die CDU-Fraktion ein Herzensanliegen, weil sie den europäischen Gedanken von Freundschaft und Zusammenarbeit konkretisiert. Der neu aufgelegte Vertrag über die Benelux-Union, der 2010 in Kraft treten soll, baut Grenzen weiter ab und bietet neue Gestaltungsmöglichkeiten vertiefter Zusammenarbeit.

... auf dem Papier ganz sympathisch, scheitert aber einerseits an der verfassungsrechtlichen Realität und andererseits ganz praktisch daran, dass man sich im Beneluxraum alles andere als einig ist. Besser als eine solche Politik von oben, sind Ansätze von unten, insbesondere auf Basis der konkreten Arbeit der Euregios.

Die vier Euregios in NRW haben viel erreicht. Jetzt...

... müssen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter ausbauen und den Mehrwert auch in den größeren europäischen Raum tragen. Der kulturelle, wirtschaftliche und soziale Austausch, den die Euregios so erfolgreich verdichtet haben, muss Vorbild für die Europäische Union der 27 werden.

... muss man neue Wege gehen und den Euregios mehr Spielraum geben. Die Niederländer und Belgier sind zum Teil schon viel weiter als wir. Wir müssen hier nicht mehr länger nur an grenzüberschreitende Radwege, sondern an knallharte Standortfragen in einer großen Nordwestregion denken. Ein Logistikverbund Venlo-Duisburg in der Euregio Rhein-Waal wäre dafür ein Beispiel.

NRW ist für die Aufgabe als Logistikzentrum und Transitland Nr. 1...

... bestens gerüstet und weiter gefordert. Um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben im Radius einer Lkw-Tagesreise rund 150 Millionen Menschen. NRW hat eine der leistungsfähigsten Verkehrsinfrastrukturen, die wir in puncto Umweltverträglichkeit und Funktionalität klug weiterentwickeln werden.

... dank jahrzehntelanger hervorragender Arbeit auch gut gerüstet. Wir müssen aber schnell die wichtige Frage der Seehafenanbindung klären. Auch solche Debatten wie um den Flughafen Köln sind keine gute Standortwerbung. So etwas wird in Europa registriert und löst dort nur Kopfschütteln aus.

Die Bündelung von Europawahl und Kommunalwahl in NRW...

... kommt beiden Wahlen zugute und wird schon in acht anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert. Die Zusammenlegung reduziert die Wahltermine, spart Kosten und wirkt der Wahlmüdigkeit entgegen. Wichtig ist, dass die Themen der beiden Wahlen zwischen „kommunal“ und „europäisch“ klar zu trennen sind.

... ist in der beabsichtigten Art und Weise rechtlich und politisch fragwürdig. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine zügige und klare Umsetzung von Wahlergebnissen, was nach den Absichten der Landesregierung bei den Räten, Kreistagen, Bürgermeistern und Landräten nicht gegeben ist.

Das Markenzeichen NRW ist in Europa...

... ein Aushängeschild. In dem Wissen, dass das große Plus europäischer Politik für jeden Einzelnen auch wirklich fassbar werden muss, betreibt NRW über seine neu aufgestellte Landesvertretung in Brüssel eine zielorientierte und aktive Interessenvertretung.

... gut angesehen, aber im Standortmarketing noch mehr zu nutzen. Dabei muss es um klare Strategien, Vernetzung und Kooperation gehen und nicht um die Frage, ob die Schreibweise „NRW“ genutzt oder „Nordrhein-Westfalen“ ausgeschrieben wird.

Diesmal sind es die europapolitischen Sprecher der Fraktionen.

Dietmar Brockes (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



... regelmäßig eine Rolle, leider manchmal eine untergeordnete. Gerade weil NRW die bevölkerungsreichste Region in der EU ist, sollte sich das Parlament als Gesetzgeber noch stärker proaktiv in den europäischen Einigungsprozess einbringen und die guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten weiter intensivieren.

... muss Nordrhein-Westfalen zum Innovationsland werden. Und seit der Regierungsübernahme von FDP und CDU befindet sich unser Land auf bestem Weg dazu. NRW ist die europäische Kernregion im Herzen der EU, es ist zentrale Drehscheibe für Wirtschaft, Handel und Verkehr und muss dies auch bleiben.

... richtig und wichtig. Im zusammenwachsenden Europa erhält die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die NRW gerade mit seinen direkten Nachbarländern pflegt, immer stärkere Bedeutung. Die Interessen dieser „neuen europäischen Region“ werden so besser gebündelt, gemeinsame Projekte schneller realisiert.

... bedarf es einer Fortentwicklung. In den Euregios wird bereits europäisch gedacht und gehandelt. Teile der Politik laufen dem jedoch hinterher. Viele gesetzliche Vorgaben hemmen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu meinem Bedauern noch.

... gut, aber noch nicht gut genug gerüstet. Aufgrund zu geringer Investitionen des Bundes besteht bei Ausbaumaßnahmen im NRW-Autobahnnetz Nachholbedarf. Um die stark wachsenden Güterverkehre zu bewältigen, müssen der Eiserne Rhein und die Betuwe-Linie zu leistungsfähigen Schienenverbindungen ausgebaut werden.

... stärkt beide Wahlen und führt zu steigender Wahlbeteiligung, da neben Inländern auch EU-Bürger bei beiden Wahlen berechtigt sind. Eine höhere Beteiligung bei der Europawahl führt dazu, dass mehr Abgeordnete aus NRW ins Europäische Parlament entsandt und regionale Interessen besser vertreten werden.

... die Lage im Herzen von Europa mit seinen vielen unterschiedlichen schönen Regionen, freundlichen Menschen und erfolgreichen Unternehmen, wo Bewährtes und Traditionelles bewahrt und Innovationen mutig und kompetent angegangen werden.

... eine immer wichtigere Rolle – auch wenn ihnen oftmals nicht die Aufmerksamkeit zukommt, die eigentlich angemessen wäre. Immerhin werden heute 80 Prozent der deutschen Gesetze auch durch Vorgaben aus Brüssel mitbestimmt. Deswegen muss sich der Landtag frühzeitig in die europäischen Debatten einschalten.

... muss das Land seine Interessen klären und klar Position gegenüber Berlin und gegenüber Brüssel beziehen. Dabei sollten auch der Landtag und die einzelnen Fraktionen stärker in Brüssel präsent sein.

... nicht zeitgemäß. Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern ist gut, sie muss gepflegt und ausgebaut werden. Dies sollte aber im Rahmen der Europäischen Union und nicht mit NRW „als 5. Rad“ des doch etwas altertümlichen Benelux-Vertrags passieren.

... müssen wir die Erfolge in die Breite tragen und noch mehr Menschen und Einrichtungen für eine Beteiligung gewinnen. Das Europa der Regionen wächst von unten.

... nicht gerüstet. Die einseitige Straßenvorrangpolitik der Regierung führt zu einer LKW-Lawine mit erheblichen Folgen für Mensch und Umwelt. Wir brauchen keine Monstertrucks, sondern die Verlagerung von Güterverkehr auf Züge und Schiffe, z.B. durch eine Staffelung der LKW-Maut nach Entfernung.

... ist ein durchsichtiges parteitaktisches Manöver von CDU und FDP, das zudem aus europapolitischer Sicht extrem peinlich ist. Schließlich hofft vor allem die FDP davon zu profitieren, dass die Wahlbeteiligung bei der Europawahl geringer sein wird als bei der Bundestagswahl im Herbst.

... immer noch zu wenig bekannt. Um so mehr ist es Aufgabe auch des Landtags, die Pluspunkte NRW – nämlich seine wirtschaftliche Stärke, seine kulturelle Vielfalt, seine immense Integrationsleistung – immer wieder positiv herauszustellen.

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Sebastian Wuwer.

Handlungsfähigkeit der EU stärken

Hauptausschuss berät weitere Schritte im Einigungsprozess

Klima und Energie, Sicherheit, Landwirtschaft, Einwanderung und Asyl – alles Themen, die eine einzelne Region, ja auch ein einzelner Staat nicht mehr allein lösen kann. Daher standen sie im Mittelpunkt des Berichts vom französischen Generalkonsul Gilles Thibault am 21. August 2008 im Hauptausschuss des Landtags. Unter der Leitung seines Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) nutzte der Ausschuss diesen Anlass, um auch weitere europapolitische Themen wie die Stärkung eines Europas der Regionen zu erörtern. Ein weiterer Hintergrund: Am Tag der Sitzung jährte sich zum 40. Mal der Jahrestag der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings.“ Die Vision eines friedlichen Zusammenlebens der Völker einte daher die verschiedenen Fraktionen.

Generalkonsul Gilles Thibault betonte in seiner Rede über das Programm der französischen Ratspräsidentschaft (von Juli bis Dezember 2008) zunächst die europäische Zusammenarbeit im Bereich Energiesicherheit und Klimaschutz. Es wird angestrebt, in einem Energiepaket alle diesbezüglichen Gesetzestexte vor Ende der Legislaturperiode des EU-Parlaments im Juni 2009 zu verabschieden. Ebenfalls als Paket sollen gemeinsame Grundsätze zur Einwanderungs- und Asylpolitik behandelt werden, und zwar nicht gegen, sondern in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Eine größere Übereinstimmung und Handlungsfähigkeit im Bereich der europäischen Sicherheit war der dritte Schwerpunkt seiner Rede. Hier spielte das Thema „Kaukasus“ natürlich eine zentrale Rolle. Abschließend kündigte Thibault für die Zeit nach 2013 eine Überprüfung

der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) an.

Dass die Zusammenarbeit in Europa, dass die deutsch-französische Freundschaft nicht selbstverständlich ist, sondern immer wieder neue Anstrengungen erfordert, hob die CDU-Sprecherin im Ausschuss, Ilka von Boeselager, hervor. Der SPD-Sprecher, Wolfram Kuschke, stellte die Rolle der Regionen auch im europäischen Konzert heraus. Allerdings mahnte er mit einem kleinen Seitenblick auf Frankreich als derzeitigem Ratspräsidenten auch eine gewisse Zurückstellung eigener Interessen an. Für Grünen-Sprecherin Sylvia Löhrmann waren die Reform der EU-Institutionen und die damit verbundene stärkere Handlungsfähigkeit der EU von zentraler Bedeutung.

An diese Punkte knüpfte auch Europaminister Andreas Krautscheid an. Er unterstrich die

Bedeutung des Reformvertrags von Lissabon, aber auch die Notwendigkeit fairer Rahmenbedingungen im Bereich von Energieerzeugung und -verbrauch. Mit Blick auf das Frankreich-NRW-Jahr 2008/2009 verwies er auf dessen Ausrichtung mit langfristiger Perspektive. Dies werde auch dadurch deutlich, dass die politische Delegation nach Paris am 3. Oktober von 2.000 Kindern und Jugendlichen begleitet werde.

Die Vorbereitung und die Abschätzung der Folgekosten der europäischen Dienstleistungsrichtlinie war zweiter Tagesordnungspunkt des Hauptausschusses. Hier geht es unter anderem um die Einrichtung „Einheitlicher Ansprechpartner“, die Überprüfung der Übereinstimmung des deutschen Rechts mit der Richtlinie (Normenscreening) sowie die Zusammenarbeit mit Behörden aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Den Bundesländern kommt bei der Umsetzung der Richtlinie also eine besondere Rolle zu. Staatssekretär Karsten Beneke sagte die notwendigen Schritte und Informationen noch für dieses Jahr zu. Daher wird das Thema auf einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses weiter erörtert.

Die Stärkung des Europas der Regionen war das Ziel eines Antrags von CDU und FDP („Ratifizierung des Vertrags von Lissabon positiv begleiten“, Drucksache 14/6674) sowie eines zweiten Antrags der SPD („Europa ist einen großen Schritt vorangekommen, aber noch nicht am Ziel“, Drucksache 14/6756). Alle Fraktionen waren sich aber einig, angesichts der aktuellen Probleme bei der Ratifizierung mit der Weiterbehandlung dieser Anträge zu warten. Sie wollen versuchen, „zum richtigen Zeitpunkt“ eine gemeinsame Positionierung zu finden.

Der Sachstandsbericht der Landesregierung zum Allfraktionen-Beschluss „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ rundete die Ausschusssitzung ab, die auf Fragen des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker ausgerichtet war. Wie die Beiträge von Edgar Moron (SPD), Ilka von Boeselager (CDU) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE) zeigte, war man sich fraktionsübergreifend darüber einig, dass der Rechtsextremismus mit seinen neuen, subtilen Methoden eine der größten Gefahren für Pluralismus und Demokratie darstellte. Auch in Zusammenarbeit mit anderen Ausschüssen sollen konkrete Möglichkeiten zu dessen Bekämpfung erörtert werden. ■



Ausschussvorsitzender Werner Jostmeier (li.) begrüßte den französischen Generalkonsul Gilles Thibault. Foto: Schälte

Anpassen, abändern, abschaffen?

Anhörung zur Evaluierung des Mittelstandsgesetzes NRW

Das 2003 in Kraft getretene nordrhein-westfälische Mittelstandsgesetz soll „die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft sichern und stärken.“ Ob und inwieweit das geltende Gesetz die gewünschte Zielsetzung erreicht hat und ob es gegebenenfalls einer Änderung bedarf, diskutierten Sachverständige in einer Art Zwischenbilanz bei einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU).

In der Diskussionsrunde herrschte die Ansicht vor, im Rückblick habe das Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstands auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen keinerlei positive Auswirkungen gezeigt. Die Vertreter des Bauindustrieverbands NRW sowie der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände hielten das Gesetz – das nach ihrer Auffassung an vielen Stellen zusätzliche Bürokratie und administrativen Aufwand schaffe – für nicht zwingend erforderlich und plädierten daher für eine grundsätzliche Aufhebung. Stefan Schaub von den Wirtschaftsunioren NRW fragte: „Warum müssen wir in NRW ein Gesetz haben, nur weil es andere haben?“ Er setzte sich wie andere dafür ein, das Gesetz nach Ablauf der Fünfjahresfrist auslaufen zu lassen und fügte hinzu: „Zumindest einen kleinen Teil zum Thema Bürokratieabbau könnte man damit leisten.“

Dr. Bernhard Lagemann (Rheinisch Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) merkte kritisch an, die ersatzlose Streichung habe eine problematische Signalwirkung auf die Mittelstandsfreundlichkeit der Legislative und Exekutive des Landes zur Folge. Darüber hinaus, so Lagemann, sei eine „seriöse abschließende Bewertung ohne eine wissenschaftliche Evaluierung durch unabhängige externe Experten nicht möglich.“ Neben Andre Busshoven (Verband Freier Berufe in NRW) zogen auch die übrigen Sachverständigen die Schlussfolgerung, dass das Gesetz nicht die Wirkung entfaltet habe, die man von ihm erwartet hatte. Dennoch hielt der überwiegende Teil der an der Anhörung teilnehmenden Experten eine Aufhebung des Mittelstandsgesetzes für nicht sachdienlich. Wolfgang Michels von der ZENIT GmbH schlug vor: „Wir möchten das Gesetz nicht abschaffen, weil es nicht schädlich ist. Aber damit es was nutzen kann, muss

Eine erste Zwischenbilanz zum Mittelstandsgesetz NRW zogen Sachverständige im Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Franz-Josef Knieps, vorne). Foto: Schälte

es mit konkreten Maßnahmen belegt werden, damit es beim Mittelstand ankommt.“

Zum Stichwort Änderungs- bzw. Anpassungsbedarf sprach sich Hans Georg Crone-Erdmann (Vereinigung der Industrie und Handelskammern NRW) dafür aus, die Position des Mittelstandsbeauftragten sowie die des Mittelstandsbeirats aufzugeben. „Ein Beauftragter, der in administrativer Abhängigkeit der Landesregierung ohne eigene unabhängige Kompetenz und ohne Initiativrechte gegenüber Landesregierung und Parlament eingerichtet wird, kann kein wirkliches Gewicht im Sinne der Funktion eines Ombudsmanns gewinnen.“ Des Weiteren forderte Crone-Erdmann einen nicht-institutionellen Beirat, der sowohl vom Parlament, als auch der Landesregierung angerufen werden kann. Der Vertreter des NRW-Handwerkstags, Dr. Thomas Köster, appellierte: „Wir sollten uns darauf konzentrieren, wie man dem Gesetz schärfere Zähne verleihen kann.“ Köster regte an, den Passus „Arbeits- und Ausbildungsplätze in der mittelständischen Wirtschaft zu sichern und neu zu schaffen“ als neues Ziel in das Gesetz einzufügen.

KONKRETE HILFE

Guntram Schneider, DGB-Vorsitzender in NRW, unterstrich den Appell und forderte im Interesse der Unternehmen und vor allem der Beschäftigten ein effektives Mittelstandsgesetz. Aus Sicht von Rolf Zimmermann (Baugewerbliche Verbände) sei die Zusammenarbeit zwischen Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden „enorm verbesserungswürdig.“ Michael Vogelsang vom Bundesverband Mittelständische Wirtschaft (BVMW) sah nur eine komplette Neuformulierung des Gesetzes als sinnvoll an. Ein neues Gesetz, so Vogelsang, „muss kleinen und mittleren Unternehmen konkrete Hilfestellungen und Rechtsbefugnisse gegenüber Verwaltungen einräumen.“ Ebenso regte der BVMW-Vertreter an, Land und Kommunen dazu zu verpflichten, sich einer regelmäßigen Beratung bzw. Evaluierung ihrer Mittelstandsfreundlichkeit zu unterziehen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Abschließend merkte Michels (ZENIT) mit Nachdruck an, das Mittelstandsgesetz müsse auch eine Antwort auf die globalen Herausforderungen der Internet-getriebenen Dienstleistungsgesellschaft finden. ■

Abgeordnete für drei Tage

1. Jugend-Landtag ermöglichte spannende Einblicke in die politische Praxis

*Für mich war es eine
großartige Erfahrung,
die sehr viel Spaß
gemacht hat!*

*Omid Bejavian
Fadaviu Yazdy,
Aachen*

„Erstaunlich, wie anstrengend ein Tag im Parlament ist. Jetzt weiß ich, wie stressig das Leben eines Abgeordneten sein muss.“ Diese Meinung des 16-jährigen Chris Maslowski aus Sendenhorst teilten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim 1. Jugend-Landtag NRW. Drei Tage lang durften sie im Landesparlament erleben, wie praktische Parlamentsarbeit funktioniert. Und schnell konnten sie erfahren: Die demokratische Entscheidungsfindung ist oft mühsam, aber immer lohnenswert.

„Du bist ja jetzt der Vizepräsident der Grünen – hast du denn auch eine Krawatte?“, fragte Oliver Keynis seinen überraschten „Stellvertreter.“ Als der verneinte, erklärte ihn der Vizepräsident: „Das geht nicht ohne. Das musste ich auch lernen. Komm mal mit in mein Büro, ich schenke dir eine.“





Es hat großen Spaß gemacht, das Abgeordneterleben ein Stück weit miterleben zu können. Und wer weiß, vielleicht passiert es tatsächlich und wir werden uns wiedersehen, wenn ich den Sprung in den Landtag schaffen sollte. Aber das wird noch ein langer langer Weg.
Simon Schmitz,
Mönchengladbach

Die Veranstaltung hat mir sehr viel Spaß bereitet. Ich habe einen guten Einblick in die Arbeit eines Abgeordneten bekommen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, diese Tätigkeit mal hauptberuflich zu machen. Ich wollte vor dieser Veranstaltung schon in eine Partei eintreten. Jetzt werde ich es auf jeden Fall machen.
Heudrik Belker,
Xanten

Beschlüsse des Jugend-Landtags:

„Der Jugend-Landtag hält an einem grundsätzlichen wirtschaftlichen Werbeverbot an den Schulen in Nordrhein-Westfalen fest und bittet den Landtag, diesen Beschluss in seinen zuständigen Fachausschüssen zur Kenntnis zu nehmen.“

„Der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die verpflichtende Einführung von Kinder- und Jugendbeiräten auf kommunaler Ebene, um Jugendlichen in der kommunalen Politik mehr Gehör und Handlungsfähigkeit zu verschaffen, sofern die Jugendlichen einer Gemeinde den Wunsch danach äußern. Die Kinder- und Jugendbeiräte sollen Initiativ- und Stimmrecht bei jugendrelevanten Themen in den Ausschüssen haben. Die politische Bildung ist sicherzustellen. Eine Evaluation der Jugendparlamente ist vorzunehmen. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen möge diesen Beschluss in seinen zuständigen Fachausschüssen zur Kenntnis nehmen und hierüber beraten.“

So lebensnah wie möglich wollte der Landtag gemeinsam mit seinen Partnern – der Stiftung Mercator und der UNI Duisburg-Essen – den jungen Gästen die Abläufe der Parlamentsarbeit vermitteln. Bei den 187 Landtagsabgeordneten hatten sich die Jugendlichen aus ganz Nordrhein-Westfalen erfolgreich für eine Teilnahme am 1. Jugend-Landtag beworben. In Arbeitskreisen und Fraktionssitzungen, in Fachausschüssen und einer abschließenden Parlamentsdebatte setzten sich die Jungpolitiker mit Themen auseinander, die für sie auch im Alltag von Bedeutung sind.

So beschäftigten sie sich damit, ob zukünftig wirtschaftliche Werbung an Schulen erlaubt sein soll, und ob die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Einführung von Jugendparlamenten verpflichtet werden sollen (Beschluss-

fassungen: siehe Kasten oben). „Es ist ein tolles Gefühl, einmal das zu tun, was sonst Aufgabe der Abgeordneten ist. Sonst nimmt man Politik ja nur über die Medien wahr“, fasste zum Beispiel die 16-jährige Katrin Kandler aus Heinsberg ihre Eindrücke zusammen.

Das Interesse junger Menschen an Politik und Demokratie zu fördern, das war Ziel des 1. Jugend-Landtags NRW. Unterstützt wurde der Landtag in diesem Anliegen von den Jugendorganisationen der im Landtag vertretenen Parteien sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen, die sich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf einem „Markt der Möglichkeiten“ präsentierten.

Die Jugendlichen nutzten außerdem die Chance, mit den „echten“ Landtagsabgeordneten aus allen Fraktionen in Kontakt zu kommen. Von deren Seite erhielten sie viel Lob für ihre

Bereitschaft, eigene Meinungen in demokratischen Prozessen zu vertreten. „Es würde mich nicht wundern, wenn wir in ein paar Jahren einige der Jugendlichen als gewählte Abgeordnete im Landtag wiedersehen“, erklärte Landtagspräsidentin Regina van Dinter. Sie zeigte sich auf einer abschließenden Pressekonferenz zuversichtlich, dass es im kommenden Jahr eine Neuauflage des Jugend-Landtags geben wird. Dann erhalten weitere Jugendliche die Möglichkeit, für drei Tage „Abgeordneter“ zu sein. **SW**

Sachbereich Jugend und Parlament: Doro Dietsch, Telefon (0211) 884-2450, dorothea.dietsch@landtag.nrw.de

Eine ausführliche Berichterstattung über den Jugend-Landtag finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de unter „Jugendangebot“ und dort in der Rubrik „Jugend-Landtag.“

Fotos: Schälte



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die Insolvenzen der Kaufhausketten Hertie und Sinn-Leffers beschäftigten den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause. Staatssekretär Dr. Jens Baganz aus dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium versicherte den Abgeordneten, dass die Landesregierung den Konsolidierungsprozess von Hertie und Sinn-Leffers „konstruktiv begleiten“ werde. So sei daran gedacht, im Bedarfsfall Auffanggesellschaften für die Beschäftigten der Kaufhäuser zu gründen. Die Ausschussmitglieder nahmen diese Informationen zum Anlass, um über die Ursachen der Insolvenzen zu diskutieren. SPD und GRÜNE forderten eine grundlegende Debatte über die wirtschaftliche Situation des Einzelhandels. Die Zahl der Firmenschließungen sei besorgniserregend, meinte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Eiskirch. CDU und FDP dagegen erklärten, dass es keine „Insolvenzwellen“ im Land gebe. Dietmar Brockes, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, betonte: „Die Zahl der Insolvenzen ist seit Jahren rückläufig.“

+++

Den jüngst bekannt gewordenen Missbrauch von Kontodaten machte die SPD-Fraktion zum Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Wenige Tage zuvor hatte die Verbraucherschutzzentrale Schleswig-Holstein aus anonymer Quelle eine CD mit hochsensiblen Angaben zu den Konten tausender Bürgerinnen und Bürger erhalten. Mit Hilfe dieser Daten hätten zum Beispiel Glücksspielanbieter ohne Einverständnis der Kontoinhaber Geldbeträge abgebucht, so die Verbraucherschützer. Die Landesbeauftragte für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen, Bettina Sokol, befürchtete im Innenausschuss, dass „noch tausende weitere Fälle ans Tageslicht kommen.“ Vor diesem Hintergrund forderten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN, den Datenschutz in Zukunft durch verschärfte gesetzliche Regelungen zu stärken. Offenbar seien Datendiebstahl und Datenhandel in Täterkreisen höchst profitabel. Für das Innenministerium erklärte Staatssekretär Karl-Peter Brendel: „Alle Kontoinhaber sollten ihre Abbuchungen regelmäßig kontrollieren.“

Gegen ein striktes Rauchverbot für sämtliche Kneipen in Nordrhein-Westfalen hat sich Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) ausgesprochen. Dort begründete Laumann die Entscheidung der Landesregierung, das Rauchen in Eckkneipen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder zu dulden. Die Richter in Karlsruhe hatten das Rauchverbot für Eckkneipen in Berlin und Baden-Württemberg für verfassungswidrig erklärt und damit auch Nordrhein-Westfalen zu Nachbesserungen am Nichtraucherschutzgesetz gezwungen. Wie der Gesundheitsminister mitteilte, wolle die Landesregierung nun einen neuen Gesetzentwurf in die parlamentarischen Beratungen einbringen. Zugleich arbeite sein Ministerium an einem Bericht, wie die Regelungen zum



Illustration: Peter Flock

Nichtraucherschutz bislang umgesetzt worden seien. Abgeordnete von SPD und GRÜNEN kritisierten, das Nichtraucherschutzgesetz enthalte zu viele Schlupflöcher. So seien vereinzelt auch Eisdielen und Bäckereien als Raucherclubs bezeichnet worden, um Kunden dort das Rauchen zu ermöglichen.

+++

Auch zukünftig soll es keine einheitlichen Vorschriften zur Beseitigung von Öl- und Kraftstoffspuren auf Straßen geben, so das Ergebnis der Beratungen im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Mit den Stimmen von CDU und FDP und bei Enthaltung der SPD stimmte der Ausschuss mehrheitlich gegen einen entsprechenden Antrag der GRÜNEN (Drs. 14/3643). Die Fraktion

hatte gefordert, die Öl- und Kraftstoffbeseitigung „verwaltungs-, ordnungs- und strafrechtlich klar zu regeln“, da der bisher gebräuchliche Einsatz von Bindemitteln auf den Straßen der Umwelt schade. Zu oft würden Reste von Öl und Bindemitteln auf den Fahrbahnen verbleiben. Im Ausschuss erklärte Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU), auch zukünftig solle die Verkehrswahl von der jeweiligen Straßensituation abhängig gemacht werden. „Umweltgefahren sind nicht zu befürchten“, sagte Uhlenberg. Zugleich kündigte er ein Pilotprojekt an, bei dem private Anbieter die Reinigung von verunreinigten Straßen mit maschinellen Methoden teilweise übernehmen sollen.

+++

Über die Anliegen der Volksinitiative „Mehr Demokratie beim Wählen e.V.“ informierten sich die Abgeordneten im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD). Die Vertrauenspersonen der Initiative, Alexander Slonka und Daniel Schily, beantworteten Fragen der Parlamentarier im Rahmen einer öffentlichen Anhörung. Sie unterstrichen ihre Forderung, das nordrhein-westfälische Kommunalwahlgesetz zu ändern. Wählerinnen und Wähler sollen demnach so viele Stimmen erhalten, wie Ratsmandate zu vergeben sind. Diese Stimmen können die Wähler dann auf die Kandidaten verteilen, wobei ein Einzelkandidat maximal drei Stimmen erhalten kann. Die Volksinitiative hatte über 72.000 Unterschriften für dieses Anliegen gesammelt. Der Kommunalausschuss wird sich in seiner Sitzung am 10. September abschließend mit der Volksinitiative befassen und eine Beschlussempfehlung an das Plenum erarbeiten. Mitte September soll der Landtag über die Volksinitiative entscheiden.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horizon, ist für den 22. September 2008 vorgesehen. Um teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211 884-4444 erforderlich.

Landtag Nordrhein-Westfalen

Infothek

Wegweiser im Datendschungel

Infothek des Landtags hilft seit zehn Jahren bei der Dokumentensuche

Zehn Jahre ist es her, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen alle Informationen zu seinen Bibliotheksbeständen, zum Archiv und zur Dokumentation in einer zentralen Anlaufstelle – der Infothek – gebündelt hat. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger entstand so ein serviceorientiertes und intensiv genutztes Rechercheangebot.

Foto: Schälte

Wie weit sind die Beratungen zum neuen Heimgesetz vorangeschritten? Ist die Kleine Anfrage zum Hörtest für Neugeborene bereits beantwortet? Und welche Positionen haben die Fraktionen in der letzten Plenardebatte in Fragen der Bioenergie vertreten? Mit Fragen wie diesen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Infothek im Landtag täglich konfrontiert. Und sie geben darauf gerne eine Antwort. Auch wenn dazu eine aufwendige Recherche in den Datenbanken des Landtags nötig sein sollte. Über 190.000 Parlamentspapiere allein aus Nordrhein-Westfalen sind dort archiviert – von der allerersten Sitzung des Landtags aus dem Jahr 1946 bis zur laufenden Wahlperiode. Hinzu kommen weitere Archivbestände zur Parlamentsarbeit in anderen Bundesländern, eine Vielzahl an Gesetz- und Verordnungsblättern sowie die Bestände der Landtagsbibliothek. In diesem Datendschungel die gewünschte Information zu finden, setzt in den meisten Fällen professionelle Recherche-Kenntnisse voraus. Kein Wunder also, dass sich die Infothek des Landtags zu einer häufig kontaktierten Service-Einrichtung entwickeln konnte.

„Rund 300 Anfragen erhalten wir pro Woche“, berichtet Birgit Dransfeld, die als Leiterin der Bibliothek auch zuständig für die Infothek ist. Neben den Abgeordneten des Landtags und ihren wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind es zunehmend auch Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihren Anfragen an das Personal wenden. Dort werden sie mit

den gesuchten Dokumenten versorgt, und dort erhalten sie praktische Tipps zur eigenständigen Recherche.

Das Internet macht's möglich: Längst können die Bürgerinnen und Bürger über die Internetseiten des Landtags (www.landtag.nrw.de) auf viele der digitalisierten Datenbestände zugreifen. Der Ausbau der virtuellen Speicherkapazitäten hat die Arbeit der Infothek in den zurückliegenden zehn Jahren spürbar verändert. Wie Birgit Dransfeld berichtet, wenden sich viele Nutzerinnen und Nutzer erst in einem zweiten Rechschritt direkt an den Landtag. „Sie haben dann bereits im Internet vergeblich nach entsprechenden Dokumenten gegoogelt“, weiß

Die Infothek im Landtag Nordrhein-Westfalen ist montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 17 Uhr sowie freitags bis 14 Uhr geöffnet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind per Telefon (0211) 884-2112, per Fax (0211) 884-3032 und per Email (infodienste@landtag.nrw.de) erreichbar.

Dransfeld. Das Personal der Infothek kann seine Kunden in diesen Fällen mit professionellen Suchstrategien zur Seite stehen. Weitaus schneller als noch vor wenigen Jahren ist es den Mitarbeitern möglich, per Mausclick die gesuchten Dokumente zu finden und damit zahlreiche Fragen unmittelbar am Telefon zu beantworten. Häufig suchen die Kunden vor allem nach Dokumenten zur parlamentarischen Arbeit, aber auch nach statistischen Angaben zum Parlamentsgesche-

hen und nach Informationen für weiterführende wissenschaftliche Recherchen. Manchmal reicht schon ein Datum oder eine Dokumentennummer als Antwort auf eine Anfrage, ein anderes Mal schnürt das Personal der Infothek seinen Kunden komplette Informationspakete zu den angefragten Themen.

EIN BEISPIEL

Interessiert sich ein Bürger beispielsweise für die jüngst vom Landtag beschlossene Zusammenlegung der Wahltermine für die Europa- und Kommunalwahlen, so kann er anhand der bereitgestellten Dokumente und Protokolle den kompletten Gesetzgebungsvorgang nachvollziehen. Ebenso erhält er über die Infothek eine Übersicht zu den Wahlterminen in Deutschland im Jahr 2009, relevante Literatur aus Kommentaren und Fachzeitschriften sowie die aktuelle Rechtsprechung zur Thematik.

Das zehnjährige Bestehen der Infothek ist für die Mitarbeiter übrigens nicht nur ein willkommener Anlass zum Rückblick auf das Geleistete. Zugleich blicken sie auf die Herausforderungen der kommenden Jahre. Die für Experten konzipierten Datenbanken des Landtags wollen sie weiter verschlanken und in der Handhabung einfacher gestalten. Dann sollen Bürgerinnen und Bürger noch schneller die gesuchten Informationen im Internet finden können. Die Infothek wird ihnen bei der Suche auch zukünftig mit Rat und Tat zur Seite stehen. **SW**

CDU-Arbeitskreis Hauptausschuss im intensiven Austausch mit Bundespolitikern



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

Ein hochkarätiges Programm wartete auf die Mitglieder des Arbeitskreises Hauptausschuss der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion, die unter Leitung von Ilka von Boeselager (Foto M.) zu ihrer diesjährige Klausurtagung in der Bundesvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin zusammengekommen waren.

Nach der Begrüßung durch den Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien, Andreas Krautscheid, standen zu Beginn des ersten Tages Gespräche mit dem europäischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen, und den europapolitischen Sprecherinnen und Sprechern der CDU/CSU-Landtagsfraktionen aus Berlin, Bayern, Brandenburg und Niedersachsen auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang wurden neben der Frage der Reform der Europäischen Union auch die Rolle der Landtage und Regionen in Europa sowie die Perspektiven der bevorstehenden französischen EU-Ratsprä-

sidentschaft erörtert. Darüber hinaus waren die Handlungsoptionen im Umgang mit dem Vertrag von Lissabon nach dem negativen irischen Referendum Gegenstand der Beratungen.

Nachdem der Leiter der Vertretung des Landes beim Bund, Tim Arnold, im Anschluss über Struktur und Aufgaben seines Hauses informierte, fand der erste Tag der Klausurtagung durch einen Gedankenaustausch mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen (4.v.r.), und der Teilnahme der nordrhein-westfälischen Landtagsabgeordneten an der Sitzung der nordrhein-westfälischen Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein gelungenes Ende.

Der zweite Tag der Klausurtagung begann mit einem intensiven Austausch über die Themenschwerpunkte des Arbeitskreises

in der zweiten Jahreshälfte. Im Anschluss hieran informierte der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, die Abgeordneten über aktuelle Fragen der Kultur- und Medienpolitik auf der Bundesebene. Krönender Abschlusspunkt der Klausurtagung in Berlin war dann ein Gespräch mit dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, über aktuelle Fragestellungen der Bundespolitik. ■



FDP fordert Studie über hohe Kaiserschnitt-Rate in NRW



Die FDP-Landtagsfraktion fordert eine wissenschaftliche Untersuchung über die hohe Rate an Kaiserschnittgeburten in Nordrhein-Westfalen. FDP-Gesundheitsexperte Stefan Romberg plädiert dafür, dass die Landesregierung eine solche Studie in Auftrag

gibt. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts liegt der Anteil an Kaiserschnittgeburten in NRW bei 36 Prozent, der Bundesdurchschnitt bei 29 Prozent. Einen höheren Anteil als NRW habe nur Rheinland-Pfalz mit 39 Prozent. „Kinder haben das Recht auf beste Gesundheitsfürsorge. Das muss schon für den Lebensstart gelten“, betont Romberg.

„Wir müssen wissen, warum bei uns fast doppelt so viele Babys per Kaiserschnitt auf die Welt kommen als beispielsweise in Sachsen“, begründet Romberg seine Forderung nach einer wissenschaftlichen Untersuchung. Er verweist darauf, dass es bei einem Kaiserschnitt sowohl bei der Mutter ein erhöhtes Komplikationsrisiko gebe, als auch ein erhöhtes Erkrankungsrisiko für das Kind. Ziel müsse daher sein, dass mit den Ergebnissen der Untersuchung die Kaiserschnittquote in NRW deutlich gesenkt werden kann.

Leider gebe es jedoch einen finanziellen Anreiz für den Kaiserschnitt, unterstreicht der FDP-Gesundheitsexperte: „Die Vergütung für den Kaiserschnitt liegt bei rund 2.600 Euro, die für eine natürliche Geburt bei etwa 1.400 Euro. Dabei ist das Risiko, dass die Mutter bei der Geburt verstirbt, dreimal so hoch wie bei der natürlichen Geburt.“ Zudem litten Kaiserschnittkinder nach der Geburt vielfach unter Atmungsstörungen.

Um dem Trend zu begegnen, fordert Romberg eine bessere Ausbildung der Frauenärzte bei der Geburtshilfe. „Eine bessere Ausbildung der Frauenärzte bei der Geburtshilfe und eine intensivere Hebammenbetreuung würden die Risiken für Mutter und Kind minimieren“, so Romberg, der selbst als Arzt praktiziert. „Mit Senkung der Kaiserschnittquote um ein Prozent könnten die Kassen über 9 Millionen Euro einsparen. Dieses Geld fehlt zum Beispiel bei der Therapie von Krebskranken“, betont der FDP-Gesundheitsexperte. ■



Finanzminister Linssen sammelt CDU/FDP-Wahlversprechen ein



Der in diesen Tagen von CDU-Finanzminister Linssen eingebrachte Landeshaushalt für das kommende Jahr ist ein Eingeständnis des Scheiterns der Finanzpolitik der Landesregierung. Heimlich, still und leise sammelt die Regierung Rüttgers die Wahlversprechen von CDU und FDP wieder ein. Der Haushalt 2009 zeigt: Die Landesregierung spart nicht, investiert nicht in die Zukunft, gibt das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts auf und scheitert am selbst gesteckten Ziel des Personalabbaus.

Obwohl die Regierung versprochen hatte zu sparen, wächst der Haushalt 2009 um 1,47 Milliarden Euro oder 2,9 Prozent. Die Landesregierung hatte auch beschlossen, jeden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen in vollem Umfang zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Vom Steuerplus in Höhe von 1,69 Milliarden fließen aber nur 110 Millionen Euro in die Senkung der Neuverschuldung. Das sind gerade einmal 6,5 Prozent.

Die Landesregierung investiert auch nicht in eine bessere Zukunft des Landes. Im Gegenteil: Die landeseigene Investitionsquote stürzt von 6,7 Milliarden in 2005 auf jetzt 3,2 Milliarden Euro bei einem Gesamthaushalt von über 52 Milliarden Euro ab. Die Regierungskoalition wollte bis zum Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Von diesem Ziel ist diese Regierung weit entfernt. Jetzt hofft der Finanzminister, erst 2013 keine neuen Schulden mehr zu machen. Der Schuldenberg wird folglich bis Ende 2009 auf rund 121 Milliarden Euro anwachsen. Von einem Sparwillen ist hier nichts zu erkennen.

Auch beim Personalabbau hatte die Regierung viel angekündigt: Sie hatte sich zu Beginn der Legislaturperiode die Forderung der sogenannten Hartmann-Kommission zu eigen gemacht, die Anzahl der Beschäftigten im Landesdienst um 32.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum Jahr 2010 zu reduzieren. Nun sind gerade erst rund 2.500 Bedienstete weniger vorzuweisen. Diese Finanzpolitik der CDU/

FDP-Landesregierung verfehlt nicht nur die eigenen Vorgaben, sondern ist auch unseriös. ■



Grünes 5-Punkte-Sofortprogramm für eine bessere Bildung

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Das neue Schuljahr hat begonnen, und noch immer sind viele Probleme in unseren Schulen ungelöst. Die grüne Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen eines Sofortprogramms das anzupacken, was den Schulen derzeit besonders unter den Nägeln brennt. Denn wie es mit den Kopfnoten weitergehen soll, weiß in den Schulen zurzeit niemand. Dieses Chaos muss ein Ende haben. Unsere Schulen wissen am besten, wie eine sinnvolle Rückmeldung zum Arbeits- und Sozialverhalten aussieht. Sie müssen die Freiheit haben, selbst über die Art und Weise der Rückmeldungen zu entscheiden.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich den Weg zur Gründung von Gemeinschaftsschulen frei zu machen. Vor allem ländliche Kommunen wollen Bildungsgänge zusammenführen, um ein attraktives Schulangebot vor Ort zu erhalten. Diese Wege zum längeren gemeinsamen Lernen ohne Grabenkämpfe werden vor Ort breit unterstützt.

Ebenfalls gravierend: Der Ganztagsausbau ist zu bürokratisch, und das Programm für Gymnasien und Realschulen reicht hinten und



vorne nicht. Es ist vernünftig, den Kommunen zweckgebunden, aber pauschaliert die Mittel für den Ganztagsausbau direkt zur Verfügung zu stellen. So kann auf den örtlichen Bedarf an allen weiterführenden Schulformen passgenau reagiert werden. Ganztags ohne Mittagessen macht keinen Sinn. Zurzeit berät der Landtag einen grünen Gesetzentwurf, damit alle Schülerinnen und Schüler ein warmes Mittagessen in der Schule bekommen. Für arme Kinder soll das Land die Kosten übernehmen. Dieser Gesetzentwurf muss sofort umgesetzt werden. Weiterhin haben wir in NRW den Skandal, dass Familien im ALG-II-Bezug nicht von den Elternanteilen an den Lernmitteln befreit sind. Hier ist die Landesregierung direkt in der Pflicht. Unser Sofortprogramm umfasst ausdrücklich fünf pragmatische und kommunalfreundliche Maßnahmen, die sofort umgesetzt werden können. Die Landesregierung hat die Chance, endlich die Weichen in der Schulpolitik richtig zu stellen. ■

Arbeiten ohne Papierberge

Der Landtag besuchte das papierlose Parlament in Graz

Ein Parlament ohne Papier – im Zeitalter der digitalen Technologien wird diese Zukunftsvision zur Realität. Seit Ende 2005 arbeitet der Landtag Steiermark ohne Papier und hat seitdem ausgesprochen gute Erfahrungen mit seinem neuen, gänzlich digitalisierten Verfahren der Datenspeicherung und Datenverarbeitung gemacht. Da auch der Landtag Nordrhein-Westfalen in Zukunft ein möglichst papierarmes Arbeiten anstrebt, waren nun die Parlamentarischen Geschäftsführer aus Düsseldorf in Graz zu Gast, um sich über die Möglichkeiten der neuen Technik zu informieren.

Seit fast drei Jahren, seit dem Beginn der 15. Wahlperiode am 25. Oktober 2005, verzichtet der Landtag Steiermark in Graz auf die Verteilung der Parlamentspapiere, der parlamentarischen Drucksachen und Protokolle, in gedruckter Form. Damit gehören stetig wachsende Papierstapel auf den Büroschreibern der Vergangenheit an. Dies gilt für alle Landtagsabgeordneten, selbstverständlich aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Um die oft beklagten Papierberge zu vermeiden, ist das System „PALLAST“ (Papierloser Landtag Steiermark) rund um die Uhr im Einsatz. In diesem System können die Abgeordneten und Fraktionen Dokumente digital erstellen und diese sogar elektronisch unterschreiben. Zugleich werden im System alle Beratungsvorgänge mit ihren geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen Abläufen abgebildet. Über die Protokollfunktion von „PALLAST“ ist jederzeit nachvollziehbar,

wer wann Änderungen an den jeweiligen Dokumenten vorgenommen hat.

Jeder der 56 Landtagsabgeordneten hat für die Teilnahme am Papierlosen Landtag vom Grazer Parlament ein Notebook erhalten. Mittels einer persönlichen digitalen Signaturkarte können die Parlamentarierinnen und Parlamentarier von jedem Internetanschluss weltweit auf das System und auf die gewünschten Dokumente und Vorgänge zugreifen, die sicher und verschlüsselt auf dem österreichischen Katastrophenschutz-Server gespeichert sind. Gut 200.000 Euro jährlich spart die Landtagsverwaltung auf diese Weise an Druck- und Wegerkosten. Die Einführung des Systems hat rund 450.000 Euro gekostet und wird sich nach den Kalkulationen des Landtags Steiermark schon in diesem Jahr bezahlt machen.

Im Zuge der Überlegungen zum papierarmen Landtag Nordrhein-Westfalen haben nun die Geschäftsführer der vier Landtagsfraktionen

aus Düsseldorf den Grazer Landtag besucht, um sich vor Ort von der Landtagsverwaltung und insbesondere von ihren österreichischen Abgeordnetenkollegen über die Rahmenbedingungen und die praktischen Erfahrungen mit dem papierlosen Parlamentsbetrieb informieren zu lassen. Dazu gehörten auch intensive Gespräche mit dem Landtagspräsidenten Siegfried Schrittwieser und dem Landtagsdirektor Dr. Heinz Drobesch sowie der Besuch einer Ausschussberatung.

Im Jahr 2003 hatte sich das Parlament in Graz entschieden, das Projekt „Papierloser Landtag“ zu realisieren, da die hohen finanziellen Kosten für den Druck und die Verwaltung der Parlamentspapiere nach Ansicht der Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Zeitalter der neuen Informationstechnologien nicht mehr vertretbar waren.

Bei allen Unterschieden in Größe, Arbeitsweise und Rahmenbedingungen der parlamentarischen Arbeit in Graz und Düsseldorf

E-Government

Die Realisierung einer papierlosen Verwaltung ist seit einiger Zeit auch Thema verwaltungswissenschaftlicher Untersuchungen. Unter dem Schlagwort „E-Government“ fasst die Forschung all jene Projekte zusammen, die sich mit der Unterstützung von öffentlichen Verwaltungsprozessen durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien befassen.

waren sich die Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Gödecke (SPD) und ihre Kollegen Peter Biesenbach (CDU), Ralf Witzel (FDP) und Johannes Rimmel (GRÜNE) einig, dass nach der Sommerpause die Überlegungen zur Reduzierung der Papierflut energisch vorangetrieben werden sollen. Hierzu gehört auch die Einführung eines sogenannten „Parlamentsworkflow“ – eines mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung verstärkt automatisierten Arbeitsablaufs.

Einen ersten, wichtigen Schritt hin zum papierarmen Parlamentsbetrieb hat der Landtag Nordrhein-Westfalen bereits mit seinem Internetangebot www.landtag.nrw.de vollzogen. Dort sind schon jetzt alle Parlamentspapiere in digitalisierter Fassung erhältlich und für alle Bürgerinnen und Bürger an jedem Computer einsehbar. ■

Im Innenhof des Landhauses in Graz v. l. Johannes Rimmel (GRÜNE), Carina Gödecke (SPD), Clubdirektor (Fraktionsgeschäftsführer) Franz Zenz (ÖVP), Landtagspräsident Siegfried Schrittwieser (SPÖ), Landtagsdirektor Hofrat Dr. Heinz Drobesch, Peter Biesenbach (CDU), Hans Lennertz (Landtagsverwaltung NRW), Ralf Witzel (FDP), Dr. Wolfgang Gärtner (Landtagsverwaltung NRW)



Porträt: Dr. Stefan Romberg (FDP)



Ich erfahre häufig in meinem Praxisalltag, dass ich als Arzt viele Erkrankungen nicht heilen kann, weil gesellschaftliche Faktoren die Menschen krank machen.“ Nur wenige Abgeordnete dürften eine solch enge Verbindung zwischen ihrem Beruf und ihrem politischem Engagement ziehen, wie sie Dr. Stefan Romberg für sich formuliert. Der 39-jährige Mediziner, der seit 2000 für die FDP im Landtag sitzt, legt allgrößten Wert darauf, neben seinen parlamentarischen und parteipolitischen Verpflichtungen seiner Tätigkeit als Psychotherapeut und Facharzt für Nervenheilkunde nachzugehen: Montags am Marien-Hospital sowie regelmäßig an Wochenenddiensten an einem sozialen Brennpunkt in Hamm. „Ich glaube, dass ich da noch einiges mehr mitbekomme von Menschen und ihren Nöten als viele, die in Gesprächen mit Verbänden ihre politische Meinung fortentwickeln“, sieht Romberg sich sehr nah an der Basis.

Dass der älteste von vier Söhnen eines Ärzte-Ehepaars selbst einmal Medizin studieren würde, war zunächst keinesfalls abgemachte Sache: „Ich habe lange geschwankt zwischen Lebensmittelchemie und Theologie und mich dann für den mittleren Weg zwischen Naturwissenschaft und Umgang mit den Menschen entschieden“, blickt Romberg auf die Zeit als Gymnasiast zurück, die er auf dem altherwürdigen Gymnasium Antonianum in Geseke absolvierte. Wie im Übrigen auch der jetzige Münchener Erzbischof Reinhard Marx, dem Romberg, der derselben katholischen Kirchengemeinde angehörte, als Messdiener in den achtziger Jahren regelmäßig begegnet ist.

Die Entscheidung, sich politisch bei den Liberalen zu engagieren, fiel mit 17 Jahren relativ früh und unbeeinflusst vom Elternhaus. Der Vater sei zwar trotz seines katholischen Glaubens stets ein „liberaler Geist“ gewesen, aber ebenso wie sein Bruder erst später der FDP beigetreten: „Da habe ich ein bisschen die Familie erweckt“, freut sich Romberg noch heute über seine erfolgreiche „Missionierung“ seiner Familie.

In die Landespolitik geriet Romberg eher zufällig und ohne gezielte Karriereplanung. Als 1999 im Kreis Warendorf kurzfristig ein Kandidat abgesprungen war, ließ Romberg sich von dem seinerzeitigen Kreisvorsitzenden in die Pflicht nehmen. Kuriosum am Rande: Weil er bereits einen Urlaub auf La Palma gebucht hatte, wählten ihn die Delegierten aufgrund einer Videopräsentation. Da Romberg als Münsterländer eine besondere Nähe zu Jürgen Möllemann hatte, war er in die Zerreißprobe der ersten Parlamentsjahre hautnah verwickelt. „Aber man lernt ja in schwierigen Lebenssituationen, und ich glaube, dass die Zeit mich auch gestärkt hat“, beurteilt der Familienvater im Nachhinein die Jahre bis 2003.

Als die FDP 2005 Regierungsfraktion wurde, hat sich auch für Romberg vieles geändert. Die Möglichkeit, Gestaltungsverantwortung zu übernehmen, macht das Mandat naturgemäß sehr viel interessanter. Insbesondere die Chance, in der Diskussion um das Krankenhaus-, das Heim- und das Nichtraucherschutzgesetz Akzente setzen zu können, war für Romberg eine starke Motivation und Herausforderung. Die Kritik an der FDP, ein radikales Rauchverbot in der Gastronomie verhindert zu haben, weist Romberg entschieden zurück: „Die praktische Erfahrung im Umgang mit Menschen und auch Patienten lehrt, dass es wichtig ist, Regelungen zu finden, in die auch viele reinpassen“, begründet er die Haltung seiner Fraktion. Viel wichtiger als nicht durchsetzbare und administrierbare Verbote ist dem Gesundheitspolitiker die gesellschaftliche Diskussion: „Die meisten Opfer von Passivrauchen befinden sich doch in den eigenen vier Wänden, wo der Staat nicht eingreifen kann. Wir brauchen mehr gesellschaftliches Engagement, damit Eltern ihre Kleinen nicht vollschmökern.“

Privat ist der überzeugte und praktizierende Westfale Romberg Italien-Fan, Hobby-Fußballer und kurioserweise Anhänger des 1. FC Kaiserslautern („unkonventionell und mit viel Begeisterungskraft in der Region“). Außerdem sieht der verheiratete Vater eines anderthalbjährigen Sohnes im Oktober neuen Vaterfreuden entgegen: „Ein kleines Menschenleben relativiert vieles und richtet das Augenmerk noch stärker auf die Kleinen dieser Welt“, schnürt er auch hier Privates und Politik zusammen. *Michael Fritsch*

FCL: Keile für Kalletal



Eindrucksvoll wetzte der FC Landtag NRW die Scharfe des vorhergehenden Spiels in Remscheid (dort unterlag man 1:5) aus. Wenn auch der Sieg mit 8:1 gegen eine Kalletaler Auswahl aus Wirtschaft, Politik und Sport zu hoch ausfiel, so überzeugte das Team aus Düsseldorf doch durch eine geschlossene Mannschaftsleistung auf dem idyllischen Rasenplatz von Kalletal-Heidelberg. Landtagspräsidentin Regina van Dinther ließ es sich nicht nehmen, den Anstoß auszuführen. Die erste Halbzeit war dann durchaus ausgeglichen. Der FCL ging zwar nach einer butterweichen Flanke von Walter Kern, die Hans Zinnkann verwertete, in Führung, aber bereits im Gegenzug fiel der Ausgleich. Und kurz danach verhinderte der von Kalletal ausgeliehene Keeper im FCL-Tor in einer Eins-zu-Eins-Situation sogar die Führung der Heimmannschaft. So aber zog der FCL das Spielgeschehen langsam an sich. Die stets anspielbereiten Wolfgang Euteneuer, Jürgen Unruhe und Walter Kern setzten die pfeilschnellen Sturmspitzen Stojan Petrov und Oleg immer wieder in Szene, und die FCL-Abwehr mit Jörg Krause, Werner Sesterhenn und Sören Link bekam die gefährlichen Kalletaler Stürmer immer besser in den Griff. Es war dann Mittelfeld-Strategie Willi Boltersdorf, der mit wuchtig-trockenem Schuss in den Torwinkel den FCL in Führung brachte. Oleg, Jürgen Unruhe, Stojan Petrov sowie FCL-Präsident Günter Langen sorgten mit weiteren Treffern für den deutlichen Sieg.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinther,

Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,

Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur),

Christoph Weisskirchen

Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer

Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450

Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parla-

mentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD),

Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP),

Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel

MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim

Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD),

Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Presse-

sprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,

Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,

www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 29. August bis 17. September 2008

29.08. Doppmeier, Ursula (CDU)	56
31.08. Trampe-Brinkmann, Thomas (SPD)	48
01.09. Möbius, Christian (CDU)	42
02.09. Schick, Thorsten (CDU)	37
11.09. Kordowski, Gabriele (CDU)	55
15.09. Dr. Berger, Stefan (CDU)	39
16.09. Altenkamp, Britta (SPD)	44
17.09. Brunn, Anke (SPD)	66
17.09. Dr. Hachen, Gerd (CDU)	56

Ehemalige Abgeordnete

verstorben

31.07. Hunger, Heinz (SPD), 1980-2000
21.08. Brüggemann, Ewald (CDU), 1969-1970

NRW-Tag 2008

Nordrhein-Westfalen blickt am letzten August-Wochenende nach Wuppertal. Auf den Straßen der Stadt wird ein buntes Bühnenprogramm zeigen, wie vielfältig das Leben im Lande ist. Auch der Landtag ist am 30. und 31. August vor Ort. Am Samstag von 11 bis 20 Uhr sowie am Sonntag von 11 bis 18 Uhr können sich Besucherinnen und Besucher über die parlamentarische Arbeit informieren und mit Abgeordneten ins Gespräch kommen. Im Zelt des Landtags auf dem Parkplatz am „Alten Kuhstall“ (Wuppertal-Sonnborn) präsentieren sich die vier Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Petitionsausschuss des Parlaments mit eigenen Infoständen.

Tag der offenen Tür

Wer den Besuch in Wuppertal nicht einrichten kann, sollte sich schon jetzt den 20. und 21. September vormerken. Dann lädt der Landtag Nordrhein-Westfalen alle Bürgerinnen und Bürger zu den Tagen der offenen Tür nach Düsseldorf ein. Im Parlamentsgebäude am Rhein, das der Landtag vor 20 Jahren bezogen hat, sind alle Gäste herzlich eingeladen, die Landespolitik hautnah zu erleben.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 28. August 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Soeben erschienen...

... ist die neue Broschüre des Landtags mit dem Titel „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger.“ Auf 44 Seiten informiert die Publikation über die parlamentarische Arbeit auf Landesebene, die Entstehung Nordrhein-Westfalens und die architektonische Bedeutung des Parlamentsgebäudes. Zusätzlich stellt die Broschüre alle 187 Abgeordneten des Landtags mit Portraitbildern vor. Seit 20 Jahren ist der Landtag NRW im Parlamentsneubau am Düsseldorfer Rheinufer zuhause. Pünktlich zu diesem Jahrestag liegt die Broschüre kostenlos in der Bürgerhalle des Landtags aus und ist als Download auf den Internetseiten des Landtags (www.landtag.nrw.de) verfügbar. Sie wird außerdem zu den Tagen der offenen Tür am 20. und 21. September 2008 im Parlamentsgebäude erhältlich sein.

Foto: Schälte